

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stantigt, verantwortl. Redakteur: F. Paeploy, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brunnstr. 11, 1. Et.

Rechts-Anzeigen für die breitgespaltene Beitzelle ober deren Raum 30 X.

Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Halte Eueren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Ein neuer Vorstoß der Zünftler gegen das Koalitionsrecht und die Arbeiterorganisation. — Die gewerkschaftlichen Gewerkschaften. — Mauererbewegung: Streiks, Ausstellungen, Maßnahmen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. † Unfall bei Kehler. Verträge. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Ein neuer Vorstoß der Zünftler gegen das Koalitionsrecht und die Arbeiterorganisation.

Die „Baugewerks-Zeitung“ (Nr. 58) veröffentlicht die Einladung des Vorstandes des Zentralausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands zu einem allgemeinen Innungs- und Handwerkertag, welcher vom 28. bis zum 30. August in Magdeburg stattfinden soll. Selbstverständlich werden dort auch die Baugewerksinnungen vertreten sein, zumal es sich, ausweislich der nicht weniger als 18 Punkte umfassenden Tagesordnung, um eine Reihe von Fragen handelt, in deren Behandlung gerade sie sich seither besonders hervorgetan haben. Es handelt sich in erster Linie um Leistungen der Scharfmacherpolitik, um einen neuen Vorstoß des zünftlerischen Arbeitererentums gegen die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen und deren Bestrebungen. Um unmittelbaren Anschluß an eine Befriedigung des „gegenwärtigen Standes der Handwerker-Gesetzgebung“ soll verhandelt werden über folgende Punkte:

- a) Schutz der Arbeitgeber gegen frivole Schädigungen seitens der Arbeiter-Organisationen durch Arbeitseinstellungen und Betriebsperren.
- b) Schutz der Arbeitswilligen und Bestrafung des Kontraktbruchs.
- c) Verpflichtung der Berufsvereine und Verbände zum Ersatz des Schadens, welcher bei Gelegenheit oder aus Anlaß von Ausständen und Sperren durch deren Beamte und Mitglieder bzw. durch von denselben gestellte Streikposten verursacht wird.
- d) Verbot des Streikpostenstehens.

Das ist ein vollständiges Programm zur Vergewaltigung der Arbeiterorganisation, ein Appell an die Regierung, zu diesem Zwecke dem Reichstage Gesetzentwürfe im Geiste der vor einigen Jahren vertragenen Zuchthausgesetzkvorlage zu unterbreiten. Es ist ja bekannt, daß sich unsere Zünftler, hauptsächlich die Baugewerkszünftler, um das Zustandekommen jener Vorlage sehr verdient gemacht haben. Die Herren Zeltisch und Genossen vor allen sind es, die sich nun schon Jahrzehnte hindurch bemühen, glauben zu machen, daß die Tätigkeit der Arbeiterorganisation eine einzige große „Frivolität“, daß ihr Eintreten für berechtigteste Interessen der Arbeiterschaft, Arbeitseinstellungen und Betriebsperren auf „frivole Schädigung der Arbeitgeber“ berechnet sind. Nach der „Ansicht“ dieser Leute kann die Arbeiterorganisation überhaupt nichts unternehmen, was nicht eine „Frivolität“, eine „Angerechntheit“ gegen das Unternehmertum ist; das bloße Dasein der Arbeiterorganisation schon erachten sie als der „Ordnung“ und der Unternehmer-Autorität widerstehend. Es ist Heuchelei, wenn die Zünftler in Uebereinstimmung mit den Großindustriellen von „Mißbräuchen“ des Koalitionsrechts seitens der Arbeiter sprechen.

Das Koalitionsrecht selbst wollen sie vernichtet wissen. Da sich zu seiner direkten Aufhebung wohl keine Reichstagsmehrheit finden wird, wenn auch die Regierung dazu geneigt wäre, so muß ein Schwindel

herhalten, um auf indirektem Wege den Gebrauch dieses Rechtes unmöglich zu machen oder möglichst zu erschweren. Man stempelt also — ein alter Kniff der Reaktionäre von jeher — den Gebrauch zum Mißbrauch. Wenn der Gesetzgeber den Arbeitern verbieten würde, was die Scharfmacher als „frivole Schädigung der Arbeitgeber“ bezeichnen, dann dürfte die Arbeiterorganisation wie der einzelne Arbeiter überhaupt nichts mehr gegen das Verrentum unternehmen, dann hätte es für die Arbeiter gar keinen praktischen Wert mehr, sich zu organisieren. Und das ist's, was das Unternehmertum erreichen will!

Ohne Zweifel, wenn die Arbeiter gemeinsam auf dem Boden einer starken und gutdisziplinierten Organisation, unter Berufung auf das ihnen gesetzlich zuerkannte Koalitionsrecht, ihre Interessen gegenüber denen des Kapitals verteidigen, wenn sie Arbeitseinstellungen und Betriebsperren ins Werk setzen, um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, anständige und menschenwürdige Behandlung zu erlangen — so ist das ohne Schädigungen der Unternehmerinteressen nicht möglich. Es ist aber ein wirtschaftlicher Kampf, der sich da vollzieht. Aber ein durchaus gerechter Kampf seitens der Arbeiter, bei welchem sie von der Erwägung geleitet sind, Schädigungen, die ihnen die Unternehmer zufügen durch willkürliche Ausbeutung, möglichst zu verringern. Von dieser Schädigung der Arbeiter durch das Unternehmertum kann man sagen, daß sie die denkbar ungerechteste ist, daß sie nicht selten eine unerhörte Frivolität bekundet, die gegen alles menschliche Recht geht. Aus der Arbeitskraft möglichst viel Profit zu erpressen, unbekümmert darum, ob die Arbeiter dabei zum wirtschaftlichen Elend verurteilt und nicht imstande sind, sich und ihrer Familie eine menschenwürdige Existenz zu gewöhnen — das betrachtet der Kapitalismus, der große und der kleine, als sein „gutes Recht“. Und wenn sich die Arbeiter dagegen erheben und ihr vernünftigerweise unanfechtbares Recht — ein Recht im besten Sinne des Wortes — auf bessere Bewertung ihrer Arbeitskraft geltend machen — dann schreien die Stippen der Herrtumselbstsucht, das selbige „Frivolität“.

Was die Unternehmer unter „Schutz den Arbeitswilligen“ verstehen, wissen wir. Unsere Zünftler haben nie einen Zweifel darüber gelassen und anlässlich der Zuchthausgesetzkvorlage ist es für die ganze Welt sehr deutlich offenbar geworden: nicht einen strafgesetzlichen Schutz der Streikbrecher gegen Verleumdungen, Drohungen und Tätlichkeiten — denn der besteht ja längst und wird von den Gerichten wahrhaftig in ergiebiger Weise geübt —, sondern neue gesetzliche Bestimmungen, welche der sogenannten „Behelligung“, d. h. die völlig legale Bekehrung und Ueberredung von „Arbeitswilligen“, ihren Kollegen nicht in den Rücken zu fallen, am Streik teilzunehmen: Die streikenden Arbeiter sollen nicht werden dürfen für ihre Sache. Dahin gehört auch das Verbot des Streikpostenstehens, wie es bereits in der Zuchthausgesetzkvorlage enthalten war. Man will die „Arbeitswilligen“ als fakrosant, als „heilig“ und „unantastbar“ behandelt wissen. Sie sollen nicht in ihrem, sondern im Unternehmerinteresse davor bewahrt werden, daß sie gemeinshaftliche Sache mit den Streikenden machen. Der „Arbeitswilligenschutz“ ist in Wahrheit

die Handhabe zu einem System der Verklaffung dieser Leute; sie sollen ihres Rechtes, sich belehren und aufklären zu lassen, die Gründe der Streikenden anzuhören, um sich ein eigenes unbefangenes Urteil über den Streik bilden zu können, verlustig gehen; man will sie festhalten im Banne falscher Meinungen, künstlich erzeugter Vorurteile. Das geht auf eine geradezu doloße Beschränkung aller persönlichen Freiheit hinaus. Wirklichen Terrorismus, ausgeübt an den „Arbeitswilligen“, brauchen die Unternehmer nicht zu fürchten. Daß sich ein Mensch durch Drohungen, Beschimpfungen, Tätlichkeiten dazu bestimmen läßt, sich dem Streik anzuschließen, dürfte kaum vorkommen. Denn solche Praxis bewirkt das Gegenteil von dem, was sie bewirken soll; sie erbittert und reizt zum Widerstande. Was die Unternehmer wirklich fürchten und zu befürchten Grund haben, ist, daß durch ruhige und vernünftige Belehrung in den „Arbeitswilligen“ das Sozialitätsgedühl geweckt wird, daß sie überzeugt werden von ihrer moralischen Verpflichtung, sich nicht als Streikbrecher, als Bundesgenossen der Unternehmer gegen die kämpfenden Berufsgenossen mißbrauchen zu lassen. Aus dieser Furcht erklärt sich das Geschehen nach dem „Schutz der Arbeitswilligen“. Singulommen soll die Bestrafung des Kontraktbruchs. Es ist das eine alte Forderung der Zünftler, die schon oft den Reichstag beschäftigt hat und die auch wir schon öfter behandelt haben. Wir wollen sie demnächst wieder einmal eingehend erörtern. Für heute nur einige Bemerkungen:

Kontraktbruch setzt voraus, daß ein Arbeitsvertrag vorliegt, der gebrochen werden kann, daß also der Arbeiter für die Auflösung des Arbeitsverhältnisses an eine Kündigungsfrist gebunden ist. Zu der Frage, ob eine solche Frist vereinbart werden soll, stellen sich erfahrungsgemäß die Unternehmer immer so, wie es jeweilig ihren Interessen entspricht. Können sie damit rechnen, daß die Entlassung der Arbeiter zu jeder Zeit ihrem Vorteil dient, dann sind sie Gegner der Kündigungsfrist. Im anderen Falle, wenn die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt den Arbeitern günstig sind und diese ein Interesse daran haben, das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne Kündigung lösen zu können, pflegen die Unternehmer auf „Vereinbarung“ einer Kündigungsfrist zu bestehen.

Nun fällt es uns gar nicht ein, zu bestreiten, daß sich mitunter solche Arbeiter, die benötigt sind, zwecks Durchsetzung ihrer Forderungen zu streiken, an eine „vereinbarte“ Kündigungsfrist nicht gehalten haben, daß sie vertragsbrüchig geworden sind, um etwas zu erreichen. Daraus ist den Arbeitern um so weniger ein Vorwurf zu machen, als sie die wirtschaftlich Schwächeren sind und zudem ja auch die Unternehmer niemals davor zurückschrecken, mit allerlei Vorwänden Kontraktbruch zu begehen, wenn dies in ihrem Interesse liegt.

Es ist Sumbug, wenn die Unternehmer sagen, sie wollen durch Bestrafung des Kontraktbruchs „ein soliberes Arbeitsverhältnis“ einführen. Was sie damit beabsichtigen, ist, den Arbeitern die Arbeits-einstellung zu erschweren resp. unmöglich zu machen. Darüber wollen wir uns nächstens noch näher aussprechen. Dieselbe Tendenz hat die Forderung, die Arbeiterorganisation den Unternehmern gegen-

Aber ersapflichtig zu machen für den Schaden, den sie durch Ausschände, Sperren und Streikposten erleiden — eine schlaue erdachte neue Rechtsnorm, die dazu dienen könnte, die Arbeiterorganisation regelrecht ausrauben zu lassen. Auch hierüber werden wir uns noch näher äußern.

Alles in allem sind die hier in Rede stehenden Forderungen der Bündler darauf berechnet, der Arbeiterorganisation die Möglichkeit jedes Druckes zu nehmen. Wir sind überzeugt, daß die Verhandlungen des Bündlertages dieses unser Urteil bestätigen werden.

Die christlichen Gewerkschaften.

Der fünfte Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat in der Zeit vom 18. bis 20. Juli in Essen stattgefunden. Er wurde eingeleitet mit einer Rede des Vorsitzenden Schiffer-Gresch über die „Bestrebungen der Arbeiter im Kampfe um Gleichberechtigung“. Unter Hinweis auf die Ungültigkeit der Sozialgesetzgebung, des Koalitionsrechts usw. versuchte der Redner darzulegen, „wieviel dem Arbeiter an der Gleichberechtigung noch fehlt“. Nach den uns vorliegenden Berichten der Presse ist ihm dieser Nachweis nur höchst unvollständig geglückt. Auf die in der Klassen- resp. Kapitalsherrschaft liegenden Ursachen der Tatsache, daß die Gleichberechtigung der Arbeiter weder allgemein anerkannt noch rechtlich gesichert ist, ging er gar nicht ein. Arbeiter, die ernsthaft und ehrlich um ihre Gleichberechtigung kämpfen wollen, müssen vor allem der vollen Wahrheit die Ehre geben. Wenn sie aus Furcht, allzusehr anzuklopfen, vor einem konsequenten Eingehen in die Ursachen und den ganzen Umfang des Unrechts, unter welchem sie leiden, zurückzudrängen, so sprechen sie sich selber Hohr. Herr Schiffer gab eine geradezu absurde Auffassung von der Gleichberechtigung zum Besten; er sagte: „Standesunterschiede bestanden immer und werden immer bestehen, sie sind notwendig zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung. So strebt der kluge und charaktervolle Mann nicht nach Verwischung der Standesunterschiede, sondern nach Wahrung seiner eigenen Interessen, unter Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen der anderen Stände.“

Das sind die echten und rechten Ideen Phrasen, „ordnungs-pollitische“ Geister. Wo neben dem Bestehenbleiben der vorgebildet zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Standesunterschiede (auch heißen: Klassengegensätze) die Gleichberechtigung des Arbeiters anfangen, in welchen Rechtsnormen sie sich begreifen soll, bleibt nach der Weisheit des Herrn Schiffer ein Rätsel. Umsonst wird sein weiterer Anspruch geradezu tragikomisch, daß die Gleichberechtigung der Arbeiter nur zu erreichen sei „durch eine Stärkung der christlichen Gewerkschaften“. So schreibt der Herr diesen Organisationen eine Bedeutung zu, die sie ihrer ganzen Tendenz nach gar nicht haben können. Es spricht eine tendenziöse, auf Täuschung berechnete Annahme aus seinen Worten. So glaubt man, den christlichen Arbeitern eine Ansicht suggerieren zu können, die jeder Begründung entbehrt.

Ein anderer Redner, Arbeitersekretär Behrens, meinte: „Ohne die christlich-nationalen Arbeiter sei die Arbeiterbewegung nicht vollständig; wie die Arbeiterbewegung als größte Kulturerfcheinung der Gegenwart überhaupt, ebenso bedeutsam sei die christliche Arbeiterbewegung; die christlichen Arbeiter hätten neben den materiellen Interessen auch Ideale; die Anhänglichkeit an Vaterland und Kaiserhaus, das wolle man sich nicht nehmen lassen und das trenne die christlichen von den sozialdemokratischen Arbeitern, mit denen allerdings in gewissen Fällen ein Zusammengehen möglich sei.“

Es ist schon etwas wert, wenn ein christlicher Gewerkschaftler sich zu der von den Sozialdemokraten vertretenen Überzeugung bekennet, daß die Arbeiterbewegung die größte Kulturerfcheinung, wie er sagt: der „Gegenwart“, wie wir sagen: der Geschichte überhaupt ist. Aber was hat mit einer Kulturerfcheinung, welche durch die Arbeiterklasse repräsentiert wird und die ganze politische Welt umfaßt, der sogenannte „christliche“ und völlig willkürlich konstruierte, „nationale“ Standpunkt, die monarchische Gesinnung zu tun? Gar nichts! Denn es ist das der Standpunkt einseitiger Interessenerfcheinungen, die sich die Begriffe „Christentum“, „nationale Gesinnung“ z. zurechnenbreiten, wie es ihren Interessen entspricht. Die Sozialdemokratie ist in viel besserem, in einzig richtigem Sinne christlich, als die kirchlichen Elemente, die das echte Christentum völlig bar sind. Und den Sozialdemokraten ist der echte nationale Geist und die wahre Vaterlandsliebe eigen; sie wollen eine gerecht und vernünftig organisierte, freie Nation, ein glänzendes Vaterland, das wert ist, geliebt zu werden. Das unverkäufliche Recht der Arbeit trägt seinen Wert und seine Bedeutung in sich selbst, unabhängig von kirchlichen und monarchischen Maßstäben.

Wenn Herr Behrens meint, daß bei alledem, was die „christlichen“ von den sozialdemokratischen Arbeitern trennt, mit letzteren, „allerdings in gewissen Fällen ein Zu-

sammengehen möglich ist“, so dürfen wir darin wohl das Zugeständnis sehen, daß die christlichen Arbeiter ohne die sozialdemokratischen nichts erreichen können, daß sie nicht im Stande sind, ohne diese einen ernsthaften Kampf für ihre Interessen zu führen.

Der dritte Redner, Arbeitersekretär Giesberts-Münchens-Glabbad nennt das abgelaufene Jahr eine „gefeignete Zeit“ für die christlichen Gewerkschaften, die mehr hätten erreichen können, wenn die Trägheit und Gleichgültigkeit unter den kirchlichen Arbeitern nicht so groß sei. Auch Herr Bruff meinte, die christlichen Gewerkschaften hätten „schöne Erfolge“ erzielt.

Diese Meinung erfährt eine drastische Korrektur durch den von Siegewart-Edin erhalteten Geschäftsbericht. Danach stellen sich die Resultate der „gefeigneten Zeit“, die „schönen Erfolge“ so dar: Angehört zählten die christlichen Gewerkschaften 1903 im Jahresdurchschnitt 192 607 Mitglieder. Diese Ziffer aber ist einestragig, denn sie setzt sich zusammen aus 91 410 dem christlichen Gesamtverbande angehörenden und 101 167 außerhalb dieses Verbandes stehenden christlichen Gewerkschaften. Weit über die Hälfte der angehenden Mitglieder hat also gewichtige Gründe, dem Gesamtverbande fern zu bleiben und auf die offizielle Zugehörigkeit christlicher Gewerkschaften zu verzichten. Es sind dieses fast ausschließlich Unterbeamte und Arbeiter der bayerischen, württembergischen und bairischen Eisenbahnen und Posten, und sie sind so durchaus unabhängig von ihrer vorgelegten Behörde, daß sie als Gewerkschaftler und besonders als Kampfgenossen eigentlich gar nicht in Betracht gezogen werden können. Sie werden in der offiziellen Statistik der christlichen Gewerkschaften zu Unrecht geführt.

Aber auch die eigentlichen, die „echten“ christlichen Gewerkschaftler, deren Zahl auf 91 440 angegeben wird, muß man sichten. Es ist da hinzugerechnet z. B. ein 1900 Mitglieder zählender Unterstützungsverein „christlicher“ Seimarbeiterinnen, über die der Ständer und Genossen das Protokoll führen, die diese Herren regulariter mit Gehet und frommen Ansprachen und Zwieback und Thee. Es ist ein starkes Stück, diesen Verein der gewerkschaftlichen Organisation, dem christlichen Verbände, anzugliedern.

Und was haben die christlichen Gewerkschaften geleistet? Das läßt sich schon aus der geradezu höhnlich niedrigen Beitragsleistung ersehen: Ein christlicher Verband erhob monatlich nur 10 \mathcal{M} , ein anderer 12 \mathcal{M} , zwei erhoben 20 \mathcal{M} von ihren Mitgliedern, und so geht es weiter bis zum Höchstbeitrage von 60 \mathcal{M} Monatsbeitrag, den nur ein einziger Gewerkschaftler erhebt! Dem entsprechen dann selbstverständlich auch die Leistungen der Verbände gegen ihre Mitglieder: M. 165 000 an Streik- und Gemaregelten-Unterstützung, M. 89 000 Sterbegeld und an sonstigen Unterstützungen M. 7900.

Man vergleiche damit die Leistungen der bösen sozialdemokratischen Gewerkschaften. Es gab darunter im Jahre 1903 nur noch 6 PZL, die Wochenbeiträge unter 20 \mathcal{M} erhoben. Und was haben diese Gewerkschaften ihren Mitgliedern gewährt? Reiseunterstützung zahlten 48 von insgesamt 68 Verbänden, Arbeitslosenunterstützung 30, Krankenunterstützung 21 und Invalidenunterstützung 6 Organisationen. Für diese Unterstützungs-zwecke sowie für Rechtschutz, Gemaregeltenunterstützung und Beihilfe in Not- und Sterbefällen verausgabten sie im Jahre 1903 insgesamt M. 3 719 064. Bedenkt man die M. 890 000, die für eigene Verbandsorgane (Wahlprüfung und Fortbildung) ausgegeben wurden, hinzu, so ergibt sich die respektable Summe von 4,6 Millionen Mark für Unterstützungen und Fortbildung, die die gezählten Streikunterstützungen in Höhe von 4,5 Millionen Mark noch um M. 100 000 übertrifft. Seit dem Jahre 1891 haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften überhaupt für reine Unterstützungs-zwecke 22,4 Millionen Mark, für Belehrung und Weiterbildung (Verbandsorganen) 6,3 Millionen Mark, dagegen für Streiks nur 17,6 Millionen Mark verausgabt.

Das sind die vom „sozialdemokratischen Geist“ erfüllten Gewerkschaften, die von staatsbehaltenden Lügner und Dummköpfen, auch den „christlichen“, als „reine Streikorganisation“, die „alles gerufen wollen“, beschrieen werden. Selbst mit den kirchlich-Dummköpfen Gewerkschaften können die christlichen sich nicht messen, denn diese hatten im Jahre 1903 ihre Mitgliederzahl von 102 862 auf 110 285 erhöht.

Man merke die Unterschiede: Neber eine Million Mitglieder der sozialdemokratischen, 110 215 Mitglieder der kirchlich-Dummköpfe und bei weitem nicht 100 000 Mitglieder der christlichen Gewerkschaften! Wo nehmen die Führer der letzteren den Mut her, diesen Organisationen eine „hervorragende“ oder gar „ausschlaggebende“ Bedeutung in der Arbeiterbewegung beizumessen?!

Herr Stegerwald meint übrigens in seinem Bericht: „Es sei festgestellt, daß im Verhältnis zu ihrer Stärke die christlichen Gewerkschaften mehr an Streiks und Lohnbewegungen beteiligt gewesen seien als die anderen Organisationen. Die freien Gewerkschaften seien stärker, weil sie mehr Mittel und mehr Beamte hätten. Sodann schlug der

Redner ein Thema an, das in der Diskussion noch öfter wiederkehrte: das absehbende Verhalten der Presse den christlichen Gewerkschaften gegenüber. Die Finger einer Hand, so meinte Siegewart, reichten hin, um die Zeitungen aufzuzählen, die sich der christlichen Gewerkschaften annähmen; aber dieses Thema werde in der geschlossenen Generalversammlung noch zu reden sein.

Der Redner richtete diese Bemerkungen ohne Zweifel gegen die ultramontane Presse, welche die christliche Gewerkschaftsbewegung schon viel zu selbständig geworden und auch zu weit vorgeschritten ist, trotzdem sie noch an der kläglichsten Minderständigkeit leidet.

Selbstverständlich schloß es auf dem Kongreß nicht an den üblichen albernen Klagen über den „Terrorismus der freien Gewerkschaften“. Aber es wurden auch Klagen laut über die Feindseligkeit der geistlichen wie der weltlichen Behörden. So sagte ein Redner aus dem Münsterlande, daß nach seinen Erfahrungen in Westfalen die Geistlichen den christlichen Gewerkschaften mehr Feindsinnigkeit in den Weg legen als die Unternehmer. Ein anderer Diskussionsredner meinte, daß in manchen Gegenden die christlichen Gewerkschaften mehr verfolgt und bekämpft würden als die Sozialdemokraten. Einen Beitrag zum patriarchalischen System des ehrbaren Handwerks brachte ein Redner aus Paderborn, der mitteilte, daß bei Gelegenheit einer Lohnbewegung der Schuhmacher die Meister den Gesellen den Haus Schlüssel abgenommen hätten, um sie vom Besuch der Versammlungen abzuhalten. Ein anderer Redner beklagte sich über das Verhalten der Innungsmeister, die sich vielfach arbeiterfeindlicher als die Großindustriellen zeigten.

Die Erfahrung ist ja nicht neu, daß Pfaffen und „christliche“ Arbeiter gegen den „christlichen“ Gewerkschaftler feindselig gegenüberstehen, wenn sie nur im geringsten ernst machen mit selbstständiger Wahrung ihrer Interessen. Kürzlich richtete die „Süd. Volks-Ztg.“ folgendes aus Paderborn:

„Auch unserer alten Paderstadt scheinen die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart nicht erspart zu bleiben. Vor etwa acht Tagen reichten die größtenteils in der christlichen Gewerkschaft organisierten Arbeiter eine nach Form und Inhalt durchaus einwandfreie Forderung bei den Arbeitgebern ein; um in allen Betrieben die Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, Löhne usw. gleichmäßig zu regeln, haben die Arbeiter ihre Meister um Verhandlungen zwecks Abschließung eines Tarifvertrages. Diejenigen Arbeitgeber, welche anscheinend die moderne Tarifvertragsbewegung nicht kennen und überhaupt der modernen Arbeiterbewegung das größte Mißtrauen entgegenbringen, haben die Eingabe der Arbeiter als einen Eingriff in ihre „Herrschaft“ an, und gemäß diesem veralteten Standpunkt, welcher dem Arbeiter das Koalitionsrecht bestreitet, beschloßen die Meister, nicht nur jede Verhandlung abzulehnen, sondern auch sofort gegen die Organisation der Arbeitnehmer vorzugehen. Heute ist nun das Unglaubliche geschehen: in der größten Webfabrik Paderborns sind sämtliche organisierten Arbeiter aus gesperrt; diese Sperrung ist umsonst zu beurteilen, als der betreffende Arbeitgeber zum erweiterten Vorstand der hiesigen Zentrumspartei gehört.“

Ja, ja, sie sind von einer Art, die ultramontanen, liberalen und konservativen Arbeitsherrn. Und trotz solcher Erfahrungen möchten christliche Gewerkschaftler dem Arbeitsherrntum gegenüber immer noch die „häßlichartigen“ Arbeiter spielen, welche die „Notwendigkeit der Standesherrschaft“ anerkennen und „nicht so sind, wie die bösen Sozialdemokraten“.

Christliche Arbeiter! Wie lange soll denn die elende Komödie, die man mit Euch spielt, noch dauern?

Die drei auf der Tagesordnung stehenden Referate betrafen die Arbeitslosen-Versicherung, den Heimarbeiterschutz und die Arbeiterausschüsse. Die Referate waren vorher gedruckt und an die Delegierten verteilt worden; sie boten nichts Neues, und sonderlichen Nutzen theoretischer und praktischer Art können sie nicht beanspruchen.

Bemerkenswert ist, daß Giesberts (Münchens-Glabbad) sich gegen eine Arbeitslosen-Versicherung von Reichswegen wandte; sie bedeutete den Tod für die Arbeiterbewegung, da eine reaktionäre Regierung den dadurch gegebenen Einfluß auf die Vermittlung der Arbeit ungewisshaft gegen die Arbeiterorganisationen antreiben werde. — Von allen Rednern wurde die Notwendigkeit der Arbeitslosen-Unterstützung durch die Gewerkschaften betont.

Was die Arbeiterausschüsse betrifft, so hielt der christliche Referent dieselben nur insofern für bedeutungslos, als sie geeignet sind, kleine Differenzen, die nicht selbst zu großen Schwierigkeiten führen, auf friedlichem Wege aus der Welt zu schaffen. Die gezielte Einführung der Arbeiterausschüsse soll unter folgenden Bedingungen erfolgen: die Mitglieder sind durch geheime und direkte Wahl aus der Mitte der Arbeiterschaft zu wählen; ihre Befugnisse sind gesetzlich festzulegen, die Mitglieder sollen vor Maßregelungen geschützt sein. Sehr naiv!

Alles in allem hat der Kongress die Bedeutungsfähigkeit der christlichen Gewerkschaften für die Arbeiterbewegung erwiesen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fortzunehmen:

Deutschland:

- Hamburg:** Zweigvereinsgebl. Hamburg (Sperren über Fock Söhne, Kühl-Altona und Peters-Eidelstedt);
- Schleswig-Holstein:** Eutin-Malente (Aussperrung), Altheikendorf (Sperre über Stütgen in Laboe), Uetersen (Sperre über Hans Silan);
- Mecklenburg:** Grabow (Streik), Schwerin (Sperre über Ferd. Stange), Rostock (Aussperrung);
- Pommern:** Insel Rügen, Anklam - Lübs - Dacherow - Lassan (Streiks), Schwinebünde (Sperre über Nagel aus Anklam), Rwinenberg-Franzburg (Sperre über Heuer), Kolberg (Sperre über Woschke), Pyritz (Sperre über Benkwitz);
- Prov. Brandenburg:** Rathenow, Finsterwalde (Streiks), Forst (Aussperrung), Frankfurt a. d. O. (Differenzen);
- Ost- u. Westpreussen:** Königsberg, Marienburg, Strasburg (Streiks), Sensburg (Sperre über Reesse);
- Prov. Posen:** Lissa, Grätz (Streiks), Rawitsch (Sperre über Konrad in Mossel);
- Schlesien:** Mülltosh (Streiks), Liegnitz (Aussperrung), Breslau (Sperre über Baumgart), Zabrze, Kattowitz (partielle Streiks);
- Königr. Sachsen:** Chemnitz (Streik), Zwickau (Sperre über Junghans und Zennor), Leipzig (Sperren über die Bahnhofsbauteilnehmer Risse & Lingsleben aus Halle, Berndt aus Dresden und Daniel Marin aus Spillimbergo, Flauen I. V. (Sperre über Heinig);
- Prov. Sachsen und Anhalt:** Barby, Calbe, Weissenfels (Aussperrung), Tangermünde, Quedlinburg, Nordhausen (Streiks), Magdeburg (Sperre über Wille, früher Drube & Engelmann), Gr.-Ottersleben (Sperre über Dennewitz), Keuschberg (Sperre über Jacob), Erfurt (Sperre über J. Schenk und Wagner), Dessau (Sperre über Thiemike), Rodensleben (Sperre über Braumann);
- Thüringen:** Gera (Streik);
- Bayern:** Aschaffenburg, (Streik), Neustadt a. d. H., Speyer (Differenzen), München (partieller Streik);
- Baden:** Karlsruhe, Konstanz (Streiks);
- Hessen-Nassau:** Bezirk des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes, Aussperrung: Frankfurt a. M., Offenbach, Hanau, Höchst, Darmstadt, Mainz, Wiesbaden; Eschwege (Streik);
- Rheinprovinz:** Bonn, Ruhrort, Bruckhausen, Marzloh, Hamborn, Walsum-Dinslaken, Meldorff, Altenssen, Borbeck (Streiks), Gerresheim (partielle Streiks), Kaiserswerth (Sperre über die Bantzen an der Dikonwisenanstalt), Cöln (Sperre über Kohl), Mülheim a. Rh. (Sperre über Kortlang), Greifeld (Differenzen);
- Westfalen:** Bielefeld (Aussperrung), Gelsenkirchen (Aussperrung angeordnet), Unna, Wanne (partielle Streiks), Hagen, Brakel (Differenzen);
- Hannover:** Emden (Aussperrung), Harburg (partielle Streiks);
- Bremen:** Bremerhaven - Geestmünde - Lohse (Aussperrung), Bremen *

Zu der Aussperrung im Mainau ist zu berichten, daß am Dienstag dieser Woche ausßen den Vertretern der in Betracht kommenden Verbände der Arbeiter und dem Vorstand des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes Einigungsverhandlungen ihren Anfang genommen haben; über den Verlauf und das Resultat der Verhandlungen werden wir jedoch erst in nächster Nummer u. N. berichten können, da die Verhandlungen wahrscheinlich bis zum Erscheinungstage dieser Nummer andauern werden. Die offizielle Regierung hat sich den Parteien zur Vermittlung angeboten. Das Ministerium des Innern hat an den Maurer Delb in Mainz und an den Maurermeister Gang in Darmstadt ein Schreiben gerichtet, in welchem angeführt wird: „Bei der gegenwärtigen Aussperrung im Baugewerbe kommt außer Frankfurt, Genua, Wiesbaden, Söding, Simburg und Kassel die heftigsten Städte Darmstadt, Mainz, Offenbach, Gießen, Friedberg und Bab. Naumburg in Betracht. Wenn auch in diesen Städten die Aussperrung keine vollständige ist, so befürchten wir doch in deren weitestgehenden Folgen eine schwere Schädigung der Interessen der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer. Wir erachten uns daher im Gehörte der uns durch die eingangs erwähnte Vorchrift zuge-

wiesenen Verantwortlichkeit für berechtigt und verpflichtet, beiden Streitparteien unsere Tätigkeit im Sinne des Versuches einer Verständigung und der Wiederherstellung friedlicher Zustände im Baugewerbe hiermit anzubieten. Es leitet uns dabei die Hoffnung, daß beide Teile sich von der Mitwirkung einer unparteiischen Stelle einen Erfolg für einen im beiderseitigen Interesse anzustrebenden Ausgleich versprechen mögen.“ — Die Arbeiter haben das Anerbieten angenommen.

Aus Mainz wird berichtet: Der Maurerpolier Clemens Koch aus Mosbach hatte am 7. Juli in Mainz am Südbahnhof die auf Posten stehenden streikenden Maurer aufgesucht und ihnen erklärt, daß er laut Vertrag mit den Bauunternehmern 42 Maurer von auswärts nach Mainz bringe. Von dem Streik habe er nichts gewußt, sonst hätte er den Vertrag nicht abgeschlossen. Die Maurer boten ihm Rückvergütung für den Rücktransport der 42 Mann an, er verlangte Schließung der Straßen für die streikenden Arbeiter. „Wasser“ nicht und ließen ihn verhaften, worauf sich seine Angaben als erlogen erwiesen. Die Strafkammer verurteilte ihn zu einem Jahr Zuchthaus. Dem anderen Patron ist kein schändliches Handwerk auf ziemlich kurze Art eine längere Zeit gelegt worden, während ein anderer Schwindler, namens Caspar Braun, der kürzlich unsere Kollegen in Karlsruhe auf ähnliche Art zu schändlichen Verlusten, nicht einmal einen gelinden Denksatzel davorgetragen hat. Die Kollegen mögen sich seinen Namen merken; dieselbe erteilt ihn die Nemesis doch noch einmal an irgend einem Ort.

In Nürnberg stehen die „Munterpoker“ (Fassanmaurer, Steinmeger) in der Lohnbewegung. Insgesamt kommen etwa 170 solcher Berufsleute in Frage, wovon 140 organisiert sind. Sie fordern sofort 82, vom 1. Januar 1905 an 67 und vom 1. Juli 1905 an 72 1/2 Stundenlohn. Fünfzehn Unternehmer haben die Forderung in voller Umfang bewilligt, während fünf zunächst nur 60 1/2, die übrigen Steigerungen aber gleichfalls bewilligen wollen. Der Unternehmerverband wollte sich auf gar nichts einlassen, er hat sich in den Schluß des mittelständlichen Arbeitgeberverbandes gegeben und glaubt sich da so sicher wie in Abrahams Schoß. Als aber 82 Munterpoker die Arbeit bei Lehramt einstellten, wurde er anders Sinnes. Freitag, den 29. Juli, konnte nach einträgiger Sperrung die Arbeit wieder aufgenommen werden. Nur bei dem Steinmegermeister W. H. F. L. e. t. z. t. r. u. b. i. t. die Arbeit noch, die Streikenden befanden jedoch sofort andere Arbeit.

Der Streik in Schwabach ist beendet. Am Donnerstag, den 28. Juli, rief der Bürgermeister die Lohnkommission und Unternehmer aufs Rathaus und berichtigte eine Einigung zu erzielen. Nach zweistündiger färrischer Debatte boten die Unternehmer eine Lohnerhöhung von 2 1/2 pro Stunde. Freitag wurde den Streikenden dies Angebot vorgelegt; von den 36 noch vorhandenen Ausständigen beteiligten sich 38 an der Abstimmung, davon stimmten 19 für und 14 gegen dies Angebot. Wenn man den günstigen Stand des Streiks, — es war nur ein einziger Streikbrecher zu verzeichnen, — sowie die überaus günstige Konjunktur in Betracht zieht, so mag das Ergebnis als herzlich wenig erscheinen, viel ist es jedoch, wenn man bedenkt, daß die Unternehmer immer vorher erklärten, aus Prinzip würden sie gar nichts bewilligen; lieber würden sie ihre Bauten den ganzen Sommer über stehen lassen. Im Betrage kommt bei der Abstimmung, daß bereits eine Eingabe um Verlängerung der Bauplatz beim Schulbau vorlag. Weiter: Mein auch, wie vorausgesehen war, noch zwei Unternehmer im Laufe der nächsten Woche bewilligt hätten, so hätte doch der Kampf bei der übrigen Unternehmern noch monatelang mit aller Schärfe fortgeführt werden müssen, und die Opfer, die dabei zu bringen gewesen wären, hätten das Ertrugene wohl längst aufgewogen. Das Eine haben wir wenigstens zu verzeichnen, daß wir uns bei unsern Unternehmern gehörigen Respekt verschafft haben und daß wir diejenigen besiegen, die noch im Laufe dieses Frühjahrs unsere Organisation zertrümmern wollten.

Aus Karlsruhe wird uns berichtet: Immer interessanter wird auch bei dem hiesigen Streik das Gebahren der Herren Unternehmer, kein Mittel ist ihnen zu schamig, um die Streikenden einzuschüchtern. So hatte ein Malermeister dem Unternehmer F. Dacroy vor dem Streik die Ausführung seines Neubaus übertragen. Da nun der Streik schon die elfte Woche dauerte und Dacroy trotz aller Bemühung keine Beute bekommen kann, so nahm der Malermeister dem Dacroy die Bauausführungen ab, um sie mit streikenden Maurern selbst in Regie zu machen. Dieser Mann hatte aber das nötige Geld nicht fällig, und so hatte ihm vor dem Streik der Kapitalkist Emil Schmidt die nötigen Baugelder zugelegt. Schmidt, der jedenfalls von Dacroy wegen obigen Vorfalls die Ohren vollgepflohen bekam, entzog nun dem Malermeister diesen Baugeld mit der Erklärung, daß er die streikenden Lumpen nicht unterließe. Wes Gehaltsfind überigens der auf die Streikenden so wühlende Selbstprophet ist, beweist folgendes Zeugnis welches er einem Maurer, der sieben Jahre in seinem Installationsgeschäft als Maurer beschäftigt war, ausstellte. Es lautet:

Zeugnis.
Wir bezeugen hiermit dem Wils. Pfeifer von hier, daß derselbe vom 27. Oktober 1897 bis zum heutigen Tage als Maurer bei uns beschäftigt war.
Derselbe ist ein guter Arbeiter und kann, wenn er will, Nichtiges leisten, leider schickte ihm häufig der gute Wille.
Emil Schmidt, Geschäftsführer m. b. H.
H. Schneider.

Die Baugewerksinnung hat ein Schreiben an sämtliche Materiallieferanten ergehen lassen, worin sie diese auffordern, den Unternehmern, die die Forderungen der Maurer bewilligt haben, nichts mehr zu liefern, andernfalls sie die Geschäftsverbindung mit den Lieferanten abbrechen wollen; die Herren, die bis jetzt bewilligt haben, führen sich daran wenig, denn sie bekommen trotz dieser Aufforderung Material genug, um ihre Bauten in die Höhe zu bringen, so viel uns bekannt, hat sich auch die Staatsanwaltschaft in nächster Zeit mit dieser Frage zu befassen, wir möchten nur, daß man betriebs des § 155 bei den Unternehmern mit gleichem Maße mißt wie bei den Arbeitern. Donnerstag, den 28. Juli, fand eine Versammlung der Streikenden statt. Kollege Forter legte den Kollegen die Sachlage vor Augen und meinte auch schließend, ob es nicht angebracht wäre, den Streik jetzt zu beenden und mit Bauherren weiter zu führen, oder ob man mit den Herren Unternehmern auf irgend eine Art und Weise Unterhandlungen anzufangen solle. Alle beide Vorschläge wurden rundweg abgelehnt; von der Versammlung wurde dann aber beschlossen, den Kampf bis

aufs äußerste weiter zu führen. Die Kollegen erklärten, daß sie in großer Anzahl abziehen wollen, um den Unternehmern den Beweis zu liefern, daß sie noch nicht kampfmüde sind. Die Herren können sich an letzterer Versammlung wieder einmal davon überzeugen, daß alle ihre Forderungen, der Streik dauere höchstens noch eine Woche, zu Stande geworden sind. Und wenn der Herr Albert Kirchbauer meint, daß Geld wäre, nur alle, so können wir ihm nur versichern, daß wir, auch wenn der Streik noch ein halbes Jahr dauere, im Stande wären, seinen Schaden, den er während dieses Streiks hat, ersetzen zu können. Die Herren Unternehmer versuchen nun in der ganzen Umgebung von Karlsruhe das Gerücht zu verbreiten, der Streik sei zu Ende; wir erwidern alle Kollegen, auf dieses nicht hineinzufallen, sondern nach wie vor den Zug nach hier fernzuhalten. Bedauerlich ist, daß während der ganzen Streikdauer eine ganze Anzahl organisierte Kollegen nach Karlsruhe gekommen sind; es ist dieses jedenfalls ein Zeichen, daß die Kollegen den „Grundstein“ nicht lesen, sonst könnte ihr Solidaritätsgefühl abtrotzen die Reste nach hier nicht zulassen.

Die Nordhäuser Unternehmer versuchen, in der weitesten Umgebung „Arbeitswillige“ anzuwerben und, da ihnen dies nicht gelingt, ihre Arbeiten an auswärtige Unternehmer zu vergeben. Bisher sind aber alle „Künste“ schiefgeschlagen. Und wenn die Kollegen nur aushalten, so brauchen wir um den Sieg nicht bange zu sein.

Aus Gera wird gemeldet: Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe plant tatsächlich eine allgemeine Aussperrung der Bauarbeiten in Gera und Umgebung, wie er den beiden hiesigen Unternehmervereinigungen gleichlautend mitteilt. Vorläufig will er davon noch absehen, jedoch will er mit den anderen Berufsgruppen verhandeln, um eventuell eine Massenaussperrung für das Baugewerbe im Frühjahr 1905 vorzunehmen, wenn der Streik nicht in Kürze beigelegt wird. Dem Arbeiter in dieser geplanten Massenaussperrung wird man sicher nicht weit von dem Person des großen Arbeiterkreises Nische zu finden haben; wie dieser ja auch die beste Auskunft darüber wird geben können, wer den Gedanken fruchtbar, daß keiner der streikenden Maurer im Winter in hiesigen Fabriken Arbeit erhalten soll. Die Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Nische dürfte nachher auch dem hiesigen Arbeiter offenbar werden. Wir können es begreiflich finden, daß Herr Nische mit Groll und Grimm erfüllt ist darüber, daß er als Vorsitzender der Ortskommission abgesetzt wurde. Sein jetziges Auftreten im Maurerstreik wird das für sorgen, daß er bald eine Rolle in der Öffentlichkeit völlig ausgespielt hat. Er wird fangs und Angalos von der öffentlichen Bühne ebenso verschwinden, wie schon mancher vor ihm. Die Stadt Gera wird dann zwar einen Generalstreik weniger haben, ohne aber dadurch den allergeringsten Schaden zu erleiden. Was nun die geplante Massenaussperrung anlangt, so wird dieser die Arbeiterschaft mit aller Ruhe entgegenkommen. Ginter ihr stehen die Gewerkschaften und die gesamten Kollegen aller Berufe. Die Streikenden haben jederzeit die Wäpfe behauptet, den Kampf friedlich beizulegen, der prologische Unternehmerstandpunkt gewisser Bauwerkstätten hat aber einen Friedensschluß hiesigen unmöglich gemacht und dadurch die übrigen Handwerksmeister im Baugewerbe schwer geschädigt. Diese müßten denn doch große Eitel sein, wenn sie jetzt den Vorläufer des großen prologischen Hauptkampfes folgten, sie würden durch diese dann genau so ruiniert wie ihr Kollegen in Cassel und anderwärts. Vielleicht ist das auch die Wäpfe. Nicht nur die Arbeiter sollen niedergebückt werden, man hofft vielleicht auch bei dieser Gelegenheit einer Anzahl kleiner Handwerksmeister den Hals umdrehen zu können, und das durch eine lästige Konkurrenz los zu werden. Werden die Handwerksmeister im Baugewerbe so unwillig sein, sich selbst den Schaden machen aus Wäpfe zu liefern?

Ueber den Stand des Streiks wird uns berichtet: Nachdem der Streik im Baugewerbe in der achten Woche stand und noch keine Aussicht vorhanden war, daß von seiten der Unternehmer Einigungsverhandlungen angebahnt wurden, hielt es die Streikleitung für angebracht, trotz der für sie günstigen Situation bei dem Vorherrschen des Arbeitgeberverbandes anzufangen, ob die Unternehmer gewillt wären, die bestehenden Differenzen im Gewerbe auf friedlichem Wege zu beseitigen und mit der Streikleitung in Unterhandlung zu treten. Nach wiederholtem gegenseitigen Schriftwechsel wurde uns von seiten des Vorherrschens des Arbeitgeberverbandes, Herrn B. Prauloh, auf Wunsch der Vollversammlung aller Unternehmer im Baugewerbe mitgeteilt, daß mit der Streikleitung zu verhandeln die Unternehmer nicht nötig hätten, dazu wäre der gesetzlich gewährte Gesellenausgang da. Nach dieser Erklärung wurde von der Einigungsverhandlung unter dem Vorherrschen des Zimmermeisters Gerhardt im Gewerbebau zusammenberufen. Hier erklärte B. Prauloh, daß die Festlegung eines Minimallohnes ein Un Ding sei; es liege aber im Interesse der Unternehmer, den Arbeitern einen Lohn zu geben, der dem normalen Verhältnis entspreche. Die Vertreter der Streikenden erklärten, daß sie an der Forderung: Festlegung eines Minimallohnes festhalten wollten, und denselben für dieses Jahr auf 42 1/2, für nächstes Jahr auf 46 1/2 festgelegt wissen wollten. Herr Prauloh erklärte weiter, daß die Unternehmer für dieses Jahr und für das Jahr 1905 eine Lohnerhöhung von 2 bis 3 1/2 bis zum Höchstlohn von 40 1/2, vom 1. Januar 1906 ab eine weitere Zulage von 2 1/2 pro Stunde gewähren wollten. Wir wissen nun nicht, wie der Arbeitgeberverband dazu kommt, zu erklären, daß von seiten der Unternehmer die hauptsächlichste Forderung der Streikenden erfüllt worden wäre. Wenn die Herren Bauwerkstätten glauben, daß die „Zugeständnisse“, die sie uns angeblich machen wollten (wir haben aber nicht einmal die Gewähr, daß bei den Unternehmern die ehrliche Absicht besteht, ihr Versprechen auch zu halten), uns zum Meinergehen veranlassen könnten, nachdem wir elf Wochen für unsere Forderung so einzig wie noch nie zuvor gekämpft haben, so irren sie sich ganz gewaltig. Wir haben die Hand zum glücklichen Ausgange gegeben, und nur dem Herrenstandpunkt einiger Sachverständiger ist es zu verdanken, daß die Verhandlungen gescheitert sind. In der Festlegung eines Minimallohnes wird uns mehr interessiert, als die Unternehmung an der Festlegung eines Höchstlohnes. Durch bezwungene Festlegung eines Minimallohnes ist den

Unternehmern weit eher gebiert als bei Geschäftsleuten; denn bei Subventionen ist dann jeder Unternehmer an einen bestimmten Lohn gebunden, was wesentlich zur Befestigung der Schmutzkonkurrenz beitragen wird. Die Befestigung der Unternehmer, daß es nicht möglich wäre, eilern leben, auch dem „Nichtbefähigten“, einen bestimmten Lohnsatz zu garantieren, und daß jeder nach Leistung und Befähigung (wobei selbstverständlich der Unternehmer entscheiden soll) entlohnt werden müßte, ist hinfällig. Sind es doch gerade die Unternehmer, die den Maurern in ihren Lehrjahren nicht die Arbeiten zuweisen, die ihnen zukommen, sondern nur auf möglichst viel Profit ihrerseits bedacht sind. Zu der Erklärung, daß zwecks Wiederaufnahme der Arbeit den Streikenden noch Zeit bis zum 15. August gegeben werden soll, bemerken wir, daß die Herren Unternehmern noch lange warten können, ehe auch nur einer von den Streikenden der Aufforderung Folge leisten wird. Die Herrzer werden sich eben doch noch zu weiteren Zugeständnissen bequemen müssen. Der geplante allgemeinen Aussperrung aller Arbeiter im Baugewerbe sehen wir mit Mißtrauen entgegen. Wenn dieser neue Trick einiger Schamfächer wirklich zur Durchführung kommen sollte, wird vielleicht mancher Unternehmer eher zu Gunsten und Stelle gehen, als daß dadurch der beschäftigte Handwerker die Unterordnung aller Arbeiter unter das laubhüßliche Joch der Unternehmer, erzeuht werden könnte.

Gau Waageburg. In Duedlinburg haben die Unternehmer nun endlich das Mittel gefunden, den Streik aus der Welt zu schaffen. Bauleiter Goldschmidt, mit dem unser Gauvorsitzender gelegentlich bei der Baueinrichtung einige Worte waren, eben falls das letzte Mal, als Koch im Beisein der Streikkommission einen Rundgang machte, keine Gelegenheit bekommen, demselben seine Klage über vorzutragen und konstruierte nun daraus, Koch sei mit dem Stande des Streiks äußerst unzufrieden, die Zahl der Arbeitswilligen sei so groß, daß der Streik beendet werden müßte. Wir können den Unternehmern nur raten, sich solcher Kampfmittel lieber nicht zu bedienen, damit nicht der letzte Rest des Vertrauens, den sie beim bauenden Publikum noch besitzen, dorthin in die Brüche geht. Das Mandat, den Gauvorsitzenden gegen die Duedlinburger Kollegenchaft auszuspielen, ist so durchsichtig, daß die Kollegen in ihrer letzten Versammlung lachend davon Kenntnis nahmen.

Die **Zangenmünder** Unternehmer schwimmen jetzt in lauter Glückseligkeit. Acht Italiener sind jetzt endlich eingetroffen, befehligt und befehligt von einem starken Schutzmannsaufgebot, das in liebevoller Weise auch weiter für das Wohlergehen seiner Schützlinge sorgt. Auch ein Pastor, bezeichnenderweise heißt der Mann Engel, beruht in letzter Zeit sein Christentum dadurch zu betonen, daß er danach trachtet, seinen Christenmännern Antisemitismus nachzuweisen, indem er einen Kollegen aus Mitleid, der an der dortigen Kirche im Nebenberufe die Küstlerstelle bekleidet, mit aller Gewalt zum Streikbruch überreden will. Der Mann wird wohl höchstens damit erzielen, daß das Häufchen derer, die noch vertrauensvoll zu ihm aufblicken, wenn er auf seine Kanzel redet: „Liebe denen Nächsten wie dich selbst“, in starke Zweifel geraten, ob denn alle Engel mit ihren Worten und Taten sich so in Widerspruch setzen.

Aus **Ghemnitz** wird uns geschrieben: Mit unserer Bewegung sind wir auch dem toten Punkt angelangt, doch nicht etwa deshalb, weil die Situation ungünstig wäre, nein, die Rücksicht und Dorniertheit der Ghemnitzer Maurer ist schuld daran. Es war auch kaum anders zu erwarten waren: doch 1600 Mann noch kein Jahr Mitglied, 1000 Mann davon sind erst innerhalb der letzten drei Wochen der Beginn der Bewegung Mitglieder geworden. Solche anpruchsvolle Menschen, die jeden Schwamm ihrer Schweißfüße nennen, die ihr Augenmerk nur auf tolle sinnliche Vergnügungen richten, die ihr Geld am liebsten in Schnaps verfaulen und auf den Tanzboden herumtrotzeln, das sind eben keine Kämpfer, mit denen man die Welt erobern kann. Es sind eben Leute, die sich in ihrem Leben noch nicht um eine Organisation gekümmert haben und jetzt, da sie 1, 2 oder 3 A. an den Verband gezahlt haben, glauben, große Ansprüche an diesen erheben zu können. Einige, die 6 oder 14 Tage Mitglied waren, verlangten von der Streikleitung ganz frech: „Ihr müßt uns Mitglied des VbB geben oder wir bleiben und werden Streikbrecher.“ Man kann behaupten, die Wehrgel dieser Leute halten den Maurerverband für eine Geldgrube, aus der sie sich nach Belieben die Taschen füllen können, ganz unbekümmert darum, ob sie auch nur einen Pfennig geopfert haben. Jetzt, da der Lohn im allgemeinen gestiegen, kehren sie der Organisation wieder den Rücken und sagen: Jetzt hat es keinen Zweck mehr. Die Ghemnitzer Maurer müssen sich den Streik herrlich vorgestellt haben. Sie haben vielleicht geglaubt, sie bekämen pro Woche M. 20 Unterstützung, könnten recht gemächlich in der Stadt herumtummeln und das Geld in den Kneipen vertrinken. Zum Streikfestsitzen hätten sie keine Lust. Würden sie hinausgeschickt, so konnte man sicher sein, daß die meisten nicht auf ihren Hosen waren, wenn sie kontrolliert wurden. Und diese Leute bilden sich ein, einen allgemeinen Streik zu gewinnen. So, Ihr Maurer von Ghemnitz, wenn Ihr eure Lage verbessern wollt, müßt Ihr Euch daran gewöhnen, mehr Opfer zu bringen. Wenn Ihr mehr Streikunterstützung haben wollt, müßt Ihr auch höhere Beiträge bezahlen. Denn: Wer nicht zahlt, kann auch nicht ernten. Macht es Euren Kollegen in anderen Städten nach und Ihr werdet vorwärts kommen. Wenn Ihr immer nur auf eure Verbandsleitung schimpfen, eure Beiträge nicht pünktlich zahlen und die Versammlungen nicht besser besuchen wollt, so bleibt eben Ghemnitz, was es ist, ein großes Dorf. Vor dem Streik hatten wir überflüssige Versammlungen, so daß es einem unheimlich wurde; jetzt kommt kaum der zehnte Teil. Es muß geradezu eine Epidemie bezeichnet werden, wenn von 550 Kollegen, welche zu neuen Bedingungen arbeiten, nicht einmal 200 die Versammlung besuchen. Kollegen! Ihr habt es wohl nicht mehr nötig, weil Ihr doch Geforderte erhaltet? Wir aber rufen Euch zu: Wiegt Euch nicht allzu sehr in Sicherheit, denn die Ghemnitzer Unternehmer sind an der Arbeit, Euch das Ertrügnisse wieder abzunehmen. Sie planen eine Aussperrung. Vom 1. September ab sollen auf allen Bauten, wo jetzt 10 Stunden gearbeitet werden, die Maurer ausgesperrt werden. Und wenn sie Euch die zehnstündige Arbeitszeit genommen haben, dann wird auch bald die Reduzierung des Lohnes folgen. Also, Kollegen, Ihr selbst gewarnt! Müßt Ihr Euch zum neuen Kampf!

In **Regnitz** ist die von den Unternehmern angebotene Aussperrung unserer Kollegen am Sonnabend, den 28. Juli, zur Laizung geworden. Urkunde zur Aussperrung sollte nach Angabe der Unternehmer der nunmehr elf Wochen bauende

Streik der Zimmerer sein. Die wahre Absicht des Regnitzer Bauunternehmens, an ihrer Spitze der Geschäftsführer, Oberinspektionsmeister und Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes, die Regnitzer Zimmerer Paul, ist vielmehr die, die gute Organisation unserer Regnitzer Kollegen zu zerstören. Aber das soll ihnen nicht gelingen. Mit aller verfügbaren Kräfte wurde in den letzten Tagen vor der Aussperrung mit Hochdruck daran gearbeitet, unsere Organisation zu zerstören. Kein Mittel half, die Mitglieder blieben fest. Dennoch magten die Unternehmern verhängnisvollen Schritt. Wahrscheinlich rechnen sie darauf, daß unsere Mitglieder ihnen in den nächsten Tagen vor die Füße fallen werden; aber da sollen sie sich gründlich verrechnet haben. Die Regnitzer Kollegen sind bereits seit Jahren auf den Kampf vorbereitet, sie haben sich in den letzten Jahren gut gekümmert, sie werden ihn zu führen verstehen. Der Bürgermeister der Stadt Regnitz hat sich noch einmal bemüht, eine annehmbare Einigung herbeizuführen, aber die Unternehmer weichen ihr aus, ihre Halskarrigkeit läßt ihnen in demselben Sinne die Forderung, die bereits im Dezember vorigen Jahres eingereicht wurde, ist den Unternehmern am 28. Juli durch eine nochmalige Eingabe an jeden Einzelnen in wohlwollende Erinnerung gebracht, aber mit dem Untertitel, daß am 28. Juli, 4 A. pro Stunde gefordert wurde. Zwei Unternehmern haben diese Forderung bereits bewilligt. Das Übrigen der Aussperrung geht gut von flotten, so daß nach 14 Tagen nicht mehr viel am Werke sein werden. Alles ist frohen Mutes.

Gau Breslau. Aus Rissa i. B. ist über den jetzt bereits seit dem 6. Juli bestehenden Streik nachzutragen, daß die paar Christlichen, die noch im Nachbarort Schwettau vorhanden waren, ebenfalls die Arbeit aufgenommen haben, ja sogar diejenigen Christlichen, denen wir Arbeit anvertraut zu höheren Löhnen nachgewiesen haben, sind wiedergekehrt und fallen uns nun als Streikbrecher in den Rücken. Wenn wir auch anerkennen, daß der Berliner Vorstand und der jetzt inaktivierte Gauvorstand der Christlichen, Kasse, ihren Mitgliedern aufgaben, sich uns im Streik anzuschließen, so zeigt doch gerade die Nichtbefolgung der Weisung davon, was die Christlichen für Forderungen und welche Autorität ihr Hauptvorstand besitzt. Wir sind gekränkt, weil die Schwettau'er Heberchristen, die ihren Bürgermeister als Leiter ihrer Vorgangsorganisation ansehen, sich mit ihrem Hauptvorstand, der ihnen auf den Kopf sagte, daß sie Streikbrecher seien, wenn sie arbeiten, auseinandersetzen werden. Um so verwunderlicher ist es, wenn man in dem Organ der Christlichen, der „Baugewerkschaft“, liest, es seien alle bis auf einen abgereist; nur, wir wissen nach, daß mindestens 80 ihrer Leute als Streikbrecher arbeiten. Ueberhaupt ist der ganze Zeitungsartikel ein Monstrum von Entstellung und hundertfachen Lügen. Um so trauriger wird daher auch ein Artikel, der in derselben Nummer über Grätz veröffentlicht wird. Dort befinden sich die Christlichen im Streik und sie beklagen sich bitter darüber, daß acht Mitglieder unseres Verbandes zugereist seien; allerdings müssen sie zugeben, daß sechs davon, nachdem sie über die Sachlage informiert waren, den Ort sofort wieder verlassen; auch wird nichts davon berichtet, daß die übrigen zwei als Streikbrecher arbeiten, was doch sonst ganz gewiß geschrieben wäre. Es bleibt also dabei, verehrte Christliche, Schwettau ist mit ihrer Mitgliedschaft in unseren Augen ein Mauerstreikern. Im übrigen werden wir den Streik in Rissa bis zu unserem Siege weiterführen.

Ueber **Mittelfeld** ist zu berichten, daß dort die Verhältnisse erfreulicherweise besser sind. 28 Mann sind Streikbrecher, die übrigen 70 sind zugereist bis auf 2 Mann. Es haben auch hier schon Verhandlungen stattgefunden, die sich aber vorläufig an der Starbepflichtigkeit und Verhandlungsunfähigkeit der Unternehmer erschlugen. Wenn die Herren glauben, durch recht tüchtiges Schimpfen auf die Streikleitung den Streik zu Ende führen zu können, so täuschen sie sich; die Herren glauben gar nicht, was wir in dieser Hinsicht für ein dickes Fell haben; allerdings sind sie ja an besten Vorhandensein zum größten Teil schuld. Auch hier werden wir, solange, bis wir siegen, nach nach Lage der Sache nicht mehr lange dauern kann, trotz der Tätigkeit des Mittelfelder Herrn Bürgermeister.

Auch in **Schweidnitz** spielen sich die Verhältnisse immer mehr zu, da die dortigen Meister angeblich kein Entgegenkommen gegenüber unseren minimalen Forderungen zeigen wollen. Nächste Woche bereits wollen die jüngeren Kollegen den Ort verlassen.

Gau Oberschlesien. In Kattowitz ist Montag, den 24. Juli, über weitere fünf Unternehmern die Sperre verhängt worden, leider blieben einzelne Maurer stehen, so daß die Wirkung nicht die ist, als wenn die Arbeitseinstellung einmütig erfolgt wäre. Der Arbeitgeberverband begründete seine ablehnende Haltung, vor dem Gewerbericht zu erscheinen, damit, daß hinter der „Jogannenberg“ Lohnkommission der Maurer nur ein geringer Bruchteil der Maurer stände. Von diesem Standpunkt scheint er zurück zu sein, denn schon nach einigen Tagen beschloß er, sich mit der Bitte an den Regierungspräsidenten zu wenden, galizische Maurer zuzulassen. Befamntlich besteht eine Verordnung, daß Galizier sich im ober-schlesischen Industriegebiet nicht aufhalten dürfen. Tatsächlich werden fast täglich Galizier der Schuld über die Grenze gebracht. Auch an demselben Tage, wo die halbamtliche „Kattowitzer Zeitung“ berichtet, daß der Arbeitgeberverband den Regierungspräsidenten ersucht, Galizier als Helfer der Unternehmer zuzulassen, steht auf derselben Seite ein Bericht aus Wodzislawitz, wonach dort 20 galizische Maurer ausgewiesen wurden.

Und in der Tat scheint die preussische Regierung der Welt zeigen zu wollen, auf wie schwachen Füßen die beliebte Polenpolitik steht. Nach Wlilow droht nämlich dem Defizitium durch die Bestrebungen der Polen eine große Gefahr. Diese Gefahr würde größer, wenn galizische Polen eintrüben. Da nun aber der Gelbbau der Unternehmer durch den Streik in Gefahr kommt, eine Stunde weniger zu frohnen, winkelt man die Regierung an, daß sie die bis dahin für gefährlich gehaltene Galizier heranzulassen, damit sie dazu benutzt werden können, ihren deutschen Brüdern in den Rücken zu fallen und die Unternehmerninteressen zu schützen. Wir waren wirklich so naiv, zu glauben, die Regierung werde die Zustimmung der Unternehmer mit Entzückung zurückweisen. Aber wir haben uns gründlich geirrt. Der Regierungspräsident von Oppeln hat Bauunternehmern in Kattowitz die Genehmigung zur Beschäftigung galizischer Maurer erteilt. - Sit es schon in hohem Maße bemerkenswert, daß ein hoher Regierungse-

beamter durch eine derartige Maßregel zu Gunsten der wirtschaftlich stärksten Partei nimmt gegen arme, um eine ganz besondere Bedeutung dadurch, daß sie in freier Willkür gegen gegenwärtigen Polenpolitik der Regierung steht. Fast täglich werden im ober-schlesischen Industriegebiet beschäftigte galizische Arbeiter ausgewiesen, und zwar auf Anordnung des polnischen Regierungspräsidenten, so unter anderem gerade in diesen Tagen wieder 20 Bauarbeiter, die von Bauunternehmern in Wodzislawitz beschäftigt wurden. Die Regierung will eben verhindern, daß die fürchterliche Staatsgefährlichkeit der polnischen Bewegung in Oberschlesien noch verstärkt wird durch Bezug von Polen aus Galizien. In demselben Augenblick aber, wo der Preußische einiger Bauunternehmer dadurch bedroht wird, daß ihre Maurer ein paar Pfennige Lohn mehr haben wollen, wird die ganze schöne Polenpolitik zum Scheitern des geliebten Vaterlandes über Bord geworfen und die galizischen Arbeiterwilligen werden zu willkommenen Stützen des Staates im Kampfe gegen die eignen proletarischen Landeslinder. Kann der Klassencharakter des Staates besser illustriert und die furchtbare Häßlichkeit unserer „nationalen Polenpolitik“ blühter veranschaulicht werden, als es durch diese Auspielung ausländischer Polen gegen preussische Staatsangehörige geschieht?

Wahrscheinlich hat die Regierung noch Gelegenheit, an einer anderen Stelle über ihre Handlung Reue fassen zu müssen. Im übrigen haben die Unternehmer mit dem Fortschritt der galizischen Streikbrecher wenig Glück, wie eine Kritik der „Kattowitzer Zeitung“ beweist, die also lautet: „Bestern Sonntag sollten Galizier, von Wlilow kommend, hier ein-treffen. Dem betreffenden Zug entstieg indes nur der Hamburger Vertrauensmann des Zentralverbandes deutscher Maurer, der hier den Streik leitete. Die Galizier aber blieben aus.“

In **Bräun** erfolgte die Arbeitseinstellung einmütig. Ein Unternehmer hat sich mit den Streikenden geeinigt. Der Vertrag bestimmt, daß bei jedem Monatsabschluss Arbeitssätze 35 A Stundenlohn gezahlt wird. Im ersten und zweiten Tage war die Polizei sehr empfindlich der Arbeit, die Streikenden wurden angefaßt, die Posten verjagt und mit Beschaffung gedroht. Als der Streikleiter einige Kollegen unterrichtete, wie sie die ihnen bevorstehenden Inhaftierungen erhalten könnten, rief ein Bauer den General an und sagte: „Der mit dem Streik nehmen Sie mal mit!“ und als der Unternehmer hinzuging: „Ja, er hat meine Maurer aufgefodert, die Arbeit einzustellen“, verhaftete er den Maurer. Als er nach 28 Stunden in Gefängnisabteilung, in die man ihn gebracht hatte, dem Amtsgericht über die Vernehmung vorgeführt wurde, erfuhr er, daß er sich eines Vergehens schuldig gemacht haben sollte, daß gleichzeitige Hörsaal noch nirgendwo verboten ist, nämlich, „der Aufreißung zum Streik“. Daß so etwas im Anfang des 20. Jahrhunderts vorkommen kann, ist gewiß recht interessant. Deshalb hielt es unser Kollege für gut, den ganzen Vorgang dem Minister der Reichsamt mitzuteilen, und ließ über die unrechtmäßige Verhaftung die Behandlung durch die Beamten, die Schreiber, die Behandlung im Gefängnis und gegen die Hebergriffe der Beamten den Streikposten gegenüber zu beschwerten. Am dritten Tage war Müde. Unsere Leute konnten ungehindert Streikposten haben. Auf der Polizei und im Gefängnis soll aber eine richtige Einigkeit geherrscht haben. Das Ministerium teilte unseren Kollegen mit, daß Untersuchung über die Beschwerden eingeleitet ist.

Nach der Vertilgung des Kollegen Stankoffen hat die schon fast müde Kollegen von neuem auf, und es gelang, von 18 Streikbrechern drei hinwegzuholen. Die übrigen waren im Laufe der Woche geflohen, wenn nicht die Unternehmern bewilligt hätten. So aber schlossen die Streik, die Stärke der Organisation einsehend, einen Vertrag ab, geltend bis zum 1. Juni 1905. Graciel ist die zehnstündige Arbeitszeit mit 1 1/2 stündiger Mittagspause und ein Mindestlohn von 35 A. Das ist eine Erhöhung von 6 bis 7 A pro Stunde. Ferner wöchentliches Wohnlohn u. a. Da die drei Unternehmern im Laufe der Woche gegen 120 Stellen beschäftigen können, so wird in nächster Zeit fast ein Drittel der Kollegen zu den neuen Bedingungen arbeiten. Hoffentlich gelingt es, auch bei den übrigen Unternehmern die Anerkennung des Vertrages zu erlangen.

In **Kattowitz** hat die Waupeper bei Mödriger mit einem vollen Erfolg der Kollegen nach einer vierstündigen Arbeitsruhe geendet. Der Unternehmer hat den gestrichen Lohn nachgezahlt; auch wird der alte Lohn weiter gezahlt werden. Daß die Maurer in Öppreußen auch freieren können, scheint der Unternehmer garnicht gewußt zu haben; denn als die Maurer die Arbeit eingestellt hatten, um sich den Lohn nicht noch mehr schmälern zu lassen, ließ er sofort zur Polizei und stellte dort das Annehmen, die Abblöße mößte jedem freitenden Maurer noch ein Strafmandat von M. 15 senden, damit sie wieder zur Arbeit kämen. Nachdem er aber eines Besseren belehrt worden war, ließ er in den lauren Apfel und zahlte den Lohn nach.

In **Königsberg i. Pr.** hat sich in der letzten Woche starker Bezug aus der Provinz bemerkbar gemacht; auch sind am Sonnabend noch sechs Italiener zugereist gekommen. Die aus der Provinz Zugereisten haben sich sämtlich wieder zur Arbeit bewegen lassen; auch den Italienern scheint es bei den Königsberger Arbeitseinstellungen nicht mehr so recht zu behagen; denn seit fünf bis sechs Wochen ist eine Anzahl von ihnen wieder abgereist und auf verschiedenen Bauten haben sie vorgelagert gestellt, so daß die Unternehmer gute Worte geben mußten, um sie wieder zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, was sie denn auch schließlich taten, aber nur unter der Bedingung, daß ihnen der Lohn voll ausbezahlt werde. Wie sehr die Unternehmern durch den Streik bedrängt sind, beweist am besten die Tatsache, daß man nicht nur alle Mittel anwendet, „Arbeitswillige“ heranzuziehen, sondern daß man sich auch nicht scheut, Gewalt anzuwenden, um sie zur Arbeit zu zwingen. Als eine Anzahl „Arbeitswilliger“ die Arbeit niederlegte, um sich den Streikenden anzuschließen, wurden sie durch den Vorgesetzten und einen Schulmann mit Gewalt in die Baueile hineingekarrt, worauf der Vorgesetzte einhob. Nach einiger Zeit mußte er natürlich wieder aufhören, weil Material Hineingekarrt werden mußte und nun gingen die „Arbeitswilligen“ nach dem Kontor des Unternehmers Groß, um ihr Geld und ihre Papiere zu verlangen; diese erhielten sie nicht, sondern sie wurden wiederum in den Hof eingeschlossen. Am anderen Morgen erschienen nicht

weniger als sieben Schuhte vor dem Quartier der „Arbeitswilligen“, um die Eingesperrten nach der Arbeitsstelle zu eskortieren, um sie fest gewohnenmaßen wieder arbeiten zu lassen. Eine Arbeiterdelegation abhalten zu können, ist nicht anders. In dem Lokal, wo die Maurer sonst in der Mischlunde ihr Glas Bier getrunken, aber noch nie Versammlungen abgehalten, sind schon seit langer Zeit jeden Abend zwei Wandarmen oder Politisten hineingeführt worden, damit sie auch hören, was sich die Maurer erzählen. Das alles genügt aber noch nicht; jetzt hat der Wirt eine Aufforderung zum Wandrat erhalten, daß er, wenn er nicht dafür sorgt, daß die Maurer aus dem Lokal kommen, um 7 Uhr Abends sein Lokal schließen soll. Wie kann man nicht verlangen. Genau so ist es in Marienburg; auch dort hat der Wirt wo die Maurer versammelt den 7 Uhr-Schluß erhalten, obgleich nicht das geringste vorgefallen ist. Was durch solche Maßnahmen beabsichtigt wird, ist kaum ersichtlich; es scheint, als wenn man die Streikenden auf die Straße drängen will. Kommen Arbeitswillige, dann werden alle Beamté mobil gemacht, um den Embalg der Arbeitswilligen recht flottlich zu gestalten. Die Unternehmer werden sich bald einbilden — wenn es so weiter geht — daß die Beamtén ihre Kriegskriegsrechte sind. Bis natürlich werden es nie glauben. Auch das Militär ist schon im Dienste der Unternehmer tätig. Am Schulbau stehen Militärposten, welche den Zugang zum Streikenden an diesen Bau fernhalten. Wer den Soldaten den Aufstrag dazu erteilt hat, ist nicht festzustellen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Polizeibehörde darum nachgesehen hat; denn sie ist ja nicht außerordentlich in Straßburg präsent. Die Unternehmer dagegen haben schon recht viel Rabau beanstanden. Sobald sie einige Streikbrecher gefasst haben, geht es mit Halsob durch die Straßen; jetzt kommen fremde Maurer, die werden die Arbeit aufnehmen, wird in alle Gassen hineingeführt. Es ist denn auch kein Wunder, daß sich Jung und Alt und Weib und Kind, alles auf die Beine macht, um am Bahnhof die Streikbrecher zu sehen; denn daß ein streikbrechender Maurer eine Seltenheit in Deutschland ist, das wissen sie auch hier an der russischen Grenze; denn zu diesem Handwerk lassen sich nicht einmal die Russen gerne gebrauchen. Aus Wischofsheim und Oberode, haben sich jedoch einige Streikbrecher gefunden. Derselben sind von Schümann aus Neufahrwasser, welcher die Rolle eines Agenten für den Unternehmer zu übernehmen hat, nach dort gelockt und in einen Schuppen einquartiert. Da sich aber gleich in der ersten Woche die kleinen Gesellschaften einfinden, fühlten sich auch diese, trotz der Grenzposten, die von der Militärbehörde geleitet werden, nicht wohl. Darum werden diese Straßburg wieder den Mäuten kehren. Dann wird Schümann wieder auf die Suche gehen und neue Maurer suchen, um sie zu Kaufschuhen zu machen. Darin: werden die Kollegen besonders auf Straßburg aufmerksam gemacht und gewarnt, nach hier zu reisen; denn für einen ehrlichen Arbeiter genügt es sich nicht, unter Polizei und Militärposten zu arbeiten. Das kann man auch im Zuchthaus

in Marienburg sind in letzter Woche zwei von den acht Streikenden, die sich in Unterführung befinden, abgeurteilt. Der Kollege Braun erhielt drei Tage Gefängnis, vor dem Streik Vorwürfe wegen eines Hammers gemacht hat. Der Streikbrecher hatte diesen Vorgang bei seiner Strafarbeit dem Aufsichtsrat erzählt, und das genügt, um der Mann drei Wochen in Unterführungshaft zu bringen. Der Kollege Popel wurde zu zwei Monaten Gefängnis wegen Mißbräuchs gegen die Staatsgewalt verurteilt. Popel hatte sich bei seiner Verhaftung gefräußt und sich an einem Wagen festgehalten. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt. Nun werden die anderen Streikenden auch wohl bald an die Reihe kommen. Der Revolverheld befindet sich auf freiem Fuß. Der Streik wird fortgeführt. Die Arbeit an der Kaserne ruht noch vollständig; auch suchen die Herren Innungsmeister Klein, Madonius und Tirmmer immer noch vergebens nach Maurern. Zugang muß noch ferngehalten werden.

In Thurn ist die Ausperrung Freitag, den 29. Juli, beendet worden. Es ist ein korporativer Arbeitsvertrag zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Zentralrat der Maurer abgeschlossen, welcher bis zum 1. April 1906 Gültigkeit hat. In diesem Vertrage ist eine Schlichtungskommission vorgeschrieben, um etwaige Differenzen, wie die letzten waren, durch Vergleich beizulegen zu können. Weiter wollen in Zukunft die Meister die Fingerarbeiten von Maurern ausführen lassen, sobald diese für die Arbeiten zu haben sind. Somit ist die Grundlage geschaffen, um ein geordnetes Arbeitsverhältnis herbeizuführen zu können.

In Matzenhausen fand am Sonntag, den 24. Juli, eine stark besuchte Versammlung aller am Streik beteiligten Kollegen statt. Im Vordergrund der Debatte stand die Frage, ob es nach der 15wöchigen Dauer des Streiks nicht rascher sei oder ob irgend welche Veranlassung für eine vorläufige, eine Veränderung in der bisherigen Fassung und Taktik eintreten zu lassen. Die Ausprüche war sehr eingehend. Sämtliche Redner waren der Meinung, daß selbst nach der langen Dauer des Streiks nicht der geringste Grund vorhanden sei, von der bisherigen Taktik abzuweichen; die große Mehrzahl der Streikenden, die außerhalb arbeiten, habe gar kein Verlangen nach den Matzenhäuser Fleischböfen; es sei ja auch die beste Aussicht vorhanden, die Streikenden an Orte bald zu neuen Bedingungen unterbringen zu können. Sollten wider Erwarten im Interesse der Sache größere materielle Opfer erforderlich werden, so sei man jede Stunde bereit, diese ohne Murren aufzubringen; es sei durchaus notwendig, den hiesigen Unternehmen einmal zu zeigen, was eine gute Organisation vermag. Nach langer Debatte wurde einstimmig beschlossen, den Streik so lange fortzuführen, bis die Unternehmer annehmbare Zugeständnisse machen. Im Laufe der letzten Woche sind wieder zehn Italiener abgereist; wie man hört, wollen noch mehr fort; es scheint ihnen hier immer unbehaglicher zu werden. Aus einem Schreiben des hiesigen Herrn ersten Bürgermeisters vom 20. Juli geht hervor, daß auf seine erneute Anweisung hin die Unternehmer bereit sind, über die Beilegung des Streiks mit uns in Unterhandlung zu treten. Nun, wenn sich unsere

Serren „Arbeitsgeber endlich zu der Ansicht durchgerungen haben, daß es auch für sie besser sei, mit den hiesigen Maurern Frieden zu schließen, so haben wir sicher nichts dagegen; im Gegenteil, wir wollen gerne unser Teil, zum Wohlfahren des guten Werkes beitragen, vorausgesetzt, daß uns nicht Schritte fatti Prolet geübt werden. Dieser lange Streik wäre nicht mit Beiläufigkeit bemerken worden, wenn auch bei den Unternehmern der gute ehrliche Wille vorhanden gewesen wäre.

Aus Hockstadt wird uns berichtet: Sonnabend, den 28. Juli, Abends 9 Uhr, wurde der Kollege Duxner von dem „Arbeitswilligen“ Maurer Alwardt hinterhältig überfallen und in den Rücken gestochen. Duxner erhielt eine Wunde von 8 cm Länge und 6 cm Tiefe. Nur einem glücklichen Zufall ist es, noch ärztlichem Gutachten, zu verdanken, daß der Stich nicht die Lunge durchbohrte. Die Sache ist der Staatsanwaltschaft übergeben. Nur ist es zu bemerken, daß der Missethäter noch immer auf freiem Fuße steht.

Im Bremen. Wenn wir im Gau Bremen gegenwärtig recht schwere Kämpfe mit dem Unternehmern auszuspielen haben, so gibt es auch noch eine Anzahl Orte, wo die Unternehmern es einsehen, daß es besser ist, wenn sie sich mit ihren Arbeitern in Güte einigen. Neben Bremen, Norden, Oldenburg, wo die Kollegen 2 A pro Stunde Lohnverhöhung erzielten, haben nun auch die Kollegen in Rotenburg, Broding Hannover, den Stundenlohn von 85 auf 87 1/2 erhöht erhalten. Nebenfalls haben es die Unternehmer eingesehen, daß es besser ist, sich mit den Kollegen in Güte zu einigen, als es zum Kampfe kommen zu lassen. Da die Kollegen in Rotenburg noch nicht alle organisiert sind, so steht zu hoffen, daß die noch fernliegenden es einsehen werden, daß nur auf dem Wege der Organisation etwas erreicht werden kann.

Im Streik in Bremen schreibt man uns: Die bremischen Baugewerksmeister haben sich wieder einmal mit dem Streik im Auge gefaßt. Herr Lehmann gab folgenden Bericht über den Stand der Bewegung: Es arbeiten 48 Maurerpoliere, 183 Maurer, 305 Bauarbeiter, 8 Zimmergewerke. Er erklärt uns weiter, daß noch gar kein besonderer Druck bei den Arbeitgebern vorliegt, da die herangezogenen fremden Arbeiter kaum unterzubringen gewesen wären. Es sollte doch noch, daß Lehmann gesagt hätte, die Beamtén seien vollständig besetzt. Die von Lehmann angegebenen haben zu bezeichnen 48 Poliere, 69 Gesellen als „Arbeitswillige“ und 53 Alte und Junge, deren wir das Alter bekannt haben. „Arbeitswillige“ Bauarbeiter sind zu bezeichnen 183. (Was sich von diesen 183 alles Bauarbeiter nennt, darüber schweigt der Sängers Höflichkeit.) Die Zahl der „Arbeitswilligen“ Zimmerer beträgt infolgedessen 30. Angehört dieser Zahlen besitzen die Herren die Unterfertigung, zu erklären, die herangezogenen fremden Arbeiter seien kaum unterzubringen. Uebrigens indlen wir den letzten Satz des Herrn Lehmann noch etwas näher beleuchten. In den letzten Tagen war es den Unternehmern gelungen, einige ausländische Arbeitkräfte (Polenländer und Italiener) heranzuziehen. Am Freitag Abend waren es fünf Mann. Am diesen fünf einen liebevollen Empfang zu bereiten, hatten sich circa 30 Bauunternehmer, Architekten und schließlich angestellte Bauamtsmänner eingefunden; je ein einzelner „Arbeitswilliger“ wurde in die Mitte von vier bis fünf Mann genommen; außerdem eine Kochin und ein Nachschub mit Selbstbedienung von Schuhten — und so ging es im Kurzauftritt nach dem Gasthof „Stadt Petersburg“. Alles, was dem Zuge hierbei hindernd in den Weg trat, oder unangenehm, die „Arbeitswilligen“ über die Schläge aufzulassen, wurde in empörender Weise beiseite getrieben, oder aber auf die Füße getreten. Wenn es hierbei nicht zu argen Ausfälligkeiten kam, so ist das lediglich der Disziplin der Arbeiter zu danken.

Im „Petersburger Hof“ hatten sich auch einige Streikende eingefunden. Von den Unternehmern wurde nun gegen diese in einer heftigst bösehaften Weise vorgegangen, daß ein anständiger Mensch sich fräuschte, die gebrauchten Ausdrücke abzuhören. Unter anderem wurde von dem Unternehmer Westphal zu einem verdräuteten Arbeiter gesagt: „Wenn Du Wengel nicht all Dein Geld verbräust, hast Du auch was.“ Als nun von seiten einiger Arbeiter scharfe Entgegnungen gebraucht wurden, fielen die Unternehmer plötzlich über den einen her, rissen ihn zu Boden und bearbeiteten ihn mit 8 bis 10 Mann mit Spagierstöcken und Füßen.

Am Mittwoch war es den Unternehmern wiederum gelungen, einige Herausreißer aufzutreiben; diesmal waren es zwölf Italiener, die in Wilhelmshaven vom Kapfenbom nach Bremen gefahren waren und mit dem 11 Uhrzuge Nachts am hiesigen Bahnhof eintrafen. Rühnlich hatten sich auch die Unternehmer eingefunden, die ihre Getreuen zum Quartier geleiten wollten. Aber auch die Streikenden waren in größerer Anzahl vertreten, um die Verführten über den wahren Sachverhalt aufzuklären. Es gelang den Streikenden, sie mit nach einer nahe gelegenen Kellertischerei zu bekommen. Als den Italienern die nötige Aufklärung gegeben war, erklärten sie sich bereit, mit den Streikenden zu gehen, um anderen Tags wieder abzureisen. Während dieser Zeit hatten die Unternehmer dafür gesorgt, Polizei herbeizuschaffen, die ihnen behilflich sein sollte, um „ihre“ Leute in Sicherheit bringen zu können.

Eigentümlicherweise wurde von der Polizei auch gleich Folge geleistet. Dreizehn Schuhte unter Aufsicht eines Polizei-Wachpostens waren zu Fuß und per Rad herbeigeführt, um die „bedrohlichen“ Unternehmern und „Arbeitswilligen“ zu schützen. Dabei benahmen sie sich recht probierend den Streikenden gegenüber, was natürlich völlig unbillig war. Den Streikenden, die sich den Arbeitswilligen nähern wollten, wurde mit Beschuldigung gedroht, und so konnten die Unternehmer mit Hilfe der Polizei die Italiener in Sicherheit bringen. Untergedruckt wurden sie für die Nacht im Lokale des Herrn Alldorn, Ansgarstrasse. Die Freunde der Unternehmer sollte aber nicht allzu lange dauern, denn schon am anderen Morgen erklärten sich fünf Mann bereit, wieder abzureisen, da sie nicht fortgesetzt unter polizeilichem Schutz arbeiten wollten. Als einige unserer Kollegen das Gesagte der fünf Mann mit dem Wirt holen wollten, benahm sich der Wirt in Alldorns Wirtshaus verdräut, daß wir jedem Arbeiter raten möchten, möglichst er nicht „raus hinausgeworfen“ zu werden, lieber das Lokal zu meiden. Der Herr scheint noch nicht darüber

nachgedacht zu haben, daß, wenn sein Spezialitätentheater fertig gestellt ist, es zum größten Teil die Arbeiter sind, die es zu unterhalten haben. In Folge dessen arbeiten hier jetzt 10 Italiener, davon 4 Maurer. Holländer sind gar nicht am Platze.

Der Stand der Ausperrung in Bremerhaven ist noch derselbe wie vor Wochen. Die Unternehmer machen ihrem Anwillen dadurch Luft, daß sie zu den gemeinsten Mitteln greifen, um die Ausgesperrten müde zu kriegen. In letzter Zeit haben zwei Unternehmer sich mit den Maurern geeinigt (Droben-Gesellmünde und Kanitz-Debe), dort haben unsere Kollegen die Arbeit aufgenommen. Als die Scharfmacher des Arbeitgeberverbandes sahen, daß Ausgesperrte an diesen Bauten arbeiten, schloßen sie ihren unbotmäßigen Kollegen. Durch wurde Kanitz aus dem Arbeitgeberverband ausgeschlossen, dann die übrigen Handwerker, Maler, Klempner, Tischler usw. scharf gemacht; diese stellten denn auch die Arbeit ein, die Materialsperrte wurde verhärtet, ja auch von außerhalb sollten diese Unternehmer kein Material bekommen, die es gewagt hatten, gegen die Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes zu handeln. Es nützt aber nichts, die Arbeit geht ruhig weiter. Um nun den Ausgesperrten einen neuen Schlag zu bereiten, zwang die Innung Bauhülfe den Maurermeister Koch (der kein Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist) durch Innungsbefehl, seine Leute zu entlassen. Dieser alte Mann konnte den Arbeiter und Arbeiterinnen nicht stand halten und entließ, wenn auch mit schwerem Herzen, seine meist in den 60iger Jahren sich befindenden Leute. Einen Unternehmer von Hannover, der hier Betonarbeiten ausgeführt hat, wollte der gewaltige Kistner unter seine Vormundschaft bringen; dieses ist jedoch fehlgeschlagen, indem die Firma Ausgesperrte anstellte. Darob sind die Herren ganz außer sich. Daß es die Unternehmer sich etwas kosten lassen, geht auch daraus hervor, daß sie die Frauen der „Arbeitswilligen“ aus Oberhiesien nach hier kommen lassen, damit sie für Heilmittel im Massenquartier sorgen. Die Unternehmer geben mit der größten Freiheit gegen die Ausgesperrten vor und werden durch die Polizei unterstützt. Das Vorkommen am Bahnhof Gesellmünde ist fast unmöglich, jetzt ist es sogar direkt verboten worden. Dagegen soll Beschwerden erhoben werden. Straßmandate in Höhe von M. 5, 6 und 10 holt es. Verurteilungen wegen Postentlehnen finden alle Woche statt. Garntlose Worte werden als Beleidigung aufgefaßt, dafür gibts Wochen je Monate Gefängnis; die Behörde steht vollkommen auf seiten der Unternehmer. Ebenso wie die Arbeitgeber vor den Behörden unterstützt werden, werden die „Arbeitswilligen“ geschützt. Fast hinter jedem Mann und bei jedem Bau steht ein Schutzmännchen. Spricht jemand diese Leute an, sofort ist der Ordnungshüter da, verdräut aber die Unternehmer oder ihr Sekretär Arbeiter an der Arbeit, dann ist niemand von der Behörde zu sehen, ja sie halten es nicht für nötig einzuschreiten, wenn sie dazu aufgefordert werden. Den „Arbeitswilligen“ ist alles erlaubt, sie halten Schießübungen mit Revolvern ab, handballen Nachts auf der Straße, überfallen „Einwohner in der Nähe ihrer Quartiere, ohne daß dagegen eingeschritten wird, selbst die Unternehmer sind mit Revolvern bewaffnet. Ja, die „Arbeitswilligen“ gehen so weit, daß sie andere Arbeiter mit Revolvern und der blauen Wäsche auf der Straße angreifen. Wird gegen die Heiden Anzeige erstattet, so wird das Verfahren in der Regel wegen Mangels an Beweisen eingestellt, sprechen aber die Ausgesperrten jemand auf der Straße an, so werden sie wegen Landfriedensbruchs eingekerkert, wie es in den letzten Tagen vorgekommen ist. Unter den Italienern sangt es auch zu hören; am Dienstag voriger Woche stellten sie ebenfalls die Arbeit ein und verlangten das ihnen versprochene Reisgeld. Die Unternehmer gerieten darob in große Wut, mußten aber mit vor-Wut bezerrtem Gesicht das Reisgeld ausgeben. Als die Italiener sahen, daß sie von den Unternehmern etwas rausgeschlagen konnten, verlangten sie einen Stundenlohn von 55 1/2; auch dieses mußte bewilligt werden, wenn die Klausur nicht verliert hätten wollten. Die Unternehmer prüfeln den Zeit zu Zeit damit, daß sie Leute genug haben, und doch sind die Herren alle Tage mit ihren Agenten untermeg; in der auswärtigen Zeitungen werden immerwährend Hausanrufer oder Branden nach hier geschickt und unter Vorpiegelung falscher Tatsachen werden Leute nach hier geschleppt. So wurde aus der Mangellosen Sägerei eine Segelmacherei gemacht. Die Arbeiter, wenn sie sehen, wie sie genaschert werden, nehmen in der Regel die Arbeit nicht an. Auch sind das Unternehmern sowie die „Arbeitswilligen“ darüber aufgebracht, daß sie der Leitung der Ausgesperrten nichts anhaben können. Die ohnmächtige Wut bestimmter Personen kennzeichnet sich darin am besten, daß sie jetzt soweit gehen, anonyme Drohbriefe an die Leitung der Maurer zu schicken und Kollege Groß mit Zoltschießen bedrohen, wenn der berufliche Verband nicht sofort aufgehoben wird. Alle Maginationen der Behörden sowohl wie die der Unternehmer werden an dem Zusammenhalten der Kollegen zerfallen. Die Maurer in den Unterwerferorten stehen jetzt noch so einmütig da wie vor 17 Wochen. Daß der Kampf durchgefochten wird, das betweis die am Donnerstag, den 28. Juli, abgehaltene Mitglieder-versammlung. Alle waren der Meinung, daß der Kampf durchgefochten werden müsse, wenn nicht der Gesamtheit Schaden erwachsen soll. Die Position hat sich dadurch zu unsern Gunsten gebessert, daß nur auch außer den Tischler die Bauknechte die Arbeit eingestellt haben, um den Arbeitswilligen keinen Vorwand zu lassen. Die Kollegen, welche auswärts arbeiten, werden ermutigt, so lange da zu bleiben, bis der Kampf beendet ist.

In Sameln hat eine Baupreiser über das Geschäft Braunhoff & Co. ihre Verleibung dadurch gefunden, daß die Unternehmer nach harten Drängen sich bequemen, den bisher gezahlten Stundenlohn von 45 1/2 weiter zu zahlen. Die Sperre dauerte zwei Tage. Es hat sich herausgestellt, daß die eigentlichen Urheber der Lohnfälligkeiten die Gemeinlichen Unternehmer waren, indem die Firma Braunhoff & Co. nur ihrem Drängen folgte, als sie die Lohnfälligkeit vornahm. Die Gemeinlichen Unternehmer waren der Meinung, daß durch die Zahlung des 45 1/2 Stundenlohnes die Begehrtheit der Maurer wachgerufen würde. Die Gemeinlichen Unternehmer trugen sich mit Ausperrungsgedanken; hauptsächlich war es der Unternehmer Brödt, der die Firma Braunhoff & Co. scharf zu machen suchte. Als aber die am Kanal arbeitenden 13 Feinfränter Maurer erklärten, sie würden die Arbeit ebenfalls einstellen, wenn die Differenzen nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt beigelegt werden, erklärten Braunhoff & Co., den früheren Lohn weiter zahlen zu wollen. Geradezu schock haben sich hier christliche Maurer benommen; die an der Aktionstage mit arbeiteten. Sie erklärten, sie würden die Arbeit ebenfalls einstellen; auf jeden Fall würden sie an der gemein-

lichen Sache stehen. Die Arbeiter, wenn sie sehen, wie sie genaschert werden, nehmen in der Regel die Arbeit nicht an. Auch sind das Unternehmern sowie die „Arbeitswilligen“ darüber aufgebracht, daß sie der Leitung der Ausgesperrten nichts anhaben können. Die ohnmächtige Wut bestimmter Personen kennzeichnet sich darin am besten, daß sie jetzt soweit gehen, anonyme Drohbriefe an die Leitung der Maurer zu schicken und Kollege Groß mit Zoltschießen bedrohen, wenn der berufliche Verband nicht sofort aufgehoben wird. Alle Maginationen der Behörden sowohl wie die der Unternehmer werden an dem Zusammenhalten der Kollegen zerfallen. Die Maurer in den Unterwerferorten stehen jetzt noch so einmütig da wie vor 17 Wochen. Daß der Kampf durchgefochten wird, das betweis die am Donnerstag, den 28. Juli, abgehaltene Mitglieder-versammlung. Alle waren der Meinung, daß der Kampf durchgefochten werden müsse, wenn nicht der Gesamtheit Schaden erwachsen soll. Die Position hat sich dadurch zu unsern Gunsten gebessert, daß nur auch außer den Tischler die Bauknechte die Arbeit eingestellt haben, um den Arbeitswilligen keinen Vorwand zu lassen. Die Kollegen, welche auswärts arbeiten, werden ermutigt, so lange da zu bleiben, bis der Kampf beendet ist.

In Sameln hat eine Baupreiser über das Geschäft Braunhoff & Co. ihre Verleibung dadurch gefunden, daß die Unternehmer nach harten Drängen sich bequemen, den bisher gezahlten Stundenlohn von 45 1/2 weiter zu zahlen. Die Sperre dauerte zwei Tage. Es hat sich herausgestellt, daß die eigentlichen Urheber der Lohnfälligkeiten die Gemeinlichen Unternehmer waren, indem die Firma Braunhoff & Co. nur ihrem Drängen folgte, als sie die Lohnfälligkeit vornahm. Die Gemeinlichen Unternehmer waren der Meinung, daß durch die Zahlung des 45 1/2 Stundenlohnes die Begehrtheit der Maurer wachgerufen würde. Die Gemeinlichen Unternehmer trugen sich mit Ausperrungsgedanken; hauptsächlich war es der Unternehmer Brödt, der die Firma Braunhoff & Co. scharf zu machen suchte. Als aber die am Kanal arbeitenden 13 Feinfränter Maurer erklärten, sie würden die Arbeit ebenfalls einstellen, wenn die Differenzen nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt beigelegt werden, erklärten Braunhoff & Co., den früheren Lohn weiter zahlen zu wollen. Geradezu schock haben sich hier christliche Maurer benommen; die an der Aktionstage mit arbeiteten. Sie erklärten, sie würden die Arbeit ebenfalls einstellen; auf jeden Fall würden sie an der gemein-

lichen Sache stehen. Die Arbeiter, wenn sie sehen, wie sie genaschert werden, nehmen in der Regel die Arbeit nicht an. Auch sind das Unternehmern sowie die „Arbeitswilligen“ darüber aufgebracht, daß sie der Leitung der Ausgesperrten nichts anhaben können. Die ohnmächtige Wut bestimmter Personen kennzeichnet sich darin am besten, daß sie jetzt soweit gehen, anonyme Drohbriefe an die Leitung der Maurer zu schicken und Kollege Groß mit Zoltschießen bedrohen, wenn der berufliche Verband nicht sofort aufgehoben wird. Alle Maginationen der Behörden sowohl wie die der Unternehmer werden an dem Zusammenhalten der Kollegen zerfallen. Die Maurer in den Unterwerferorten stehen jetzt noch so einmütig da wie vor 17 Wochen. Daß der Kampf durchgefochten wird, das betweis die am Donnerstag, den 28. Juli, abgehaltene Mitglieder-versammlung. Alle waren der Meinung, daß der Kampf durchgefochten werden müsse, wenn nicht der Gesamtheit Schaden erwachsen soll. Die Position hat sich dadurch zu unsern Gunsten gebessert, daß nur auch außer den Tischler die Bauknechte die Arbeit eingestellt haben, um den Arbeitswilligen keinen Vorwand zu lassen. Die Kollegen, welche auswärts arbeiten, werden ermutigt, so lange da zu bleiben, bis der Kampf beendet ist.

In Sameln hat eine Baupreiser über das Geschäft Braunhoff & Co. ihre Verleibung dadurch gefunden, daß die Unternehmer nach harten Drängen sich bequemen, den bisher gezahlten Stundenlohn von 45 1/2 weiter zu zahlen. Die Sperre dauerte zwei Tage. Es hat sich herausgestellt, daß die eigentlichen Urheber der Lohnfälligkeiten die Gemeinlichen Unternehmer waren, indem die Firma Braunhoff & Co. nur ihrem Drängen folgte, als sie die Lohnfälligkeit vornahm. Die Gemeinlichen Unternehmer waren der Meinung, daß durch die Zahlung des 45 1/2 Stundenlohnes die Begehrtheit der Maurer wachgerufen würde. Die Gemeinlichen Unternehmer trugen sich mit Ausperrungsgedanken; hauptsächlich war es der Unternehmer Brödt, der die Firma Braunhoff & Co. scharf zu machen suchte. Als aber die am Kanal arbeitenden 13 Feinfränter Maurer erklärten, sie würden die Arbeit ebenfalls einstellen, wenn die Differenzen nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt beigelegt werden, erklärten Braunhoff & Co., den früheren Lohn weiter zahlen zu wollen. Geradezu schock haben sich hier christliche Maurer benommen; die an der Aktionstage mit arbeiteten. Sie erklärten, sie würden die Arbeit ebenfalls einstellen; auf jeden Fall würden sie an der gemein-

lichen Sache stehen. Die Arbeiter, wenn sie sehen, wie sie genaschert werden, nehmen in der Regel die Arbeit nicht an. Auch sind das Unternehmern sowie die „Arbeitswilligen“ darüber aufgebracht, daß sie der Leitung der Ausgesperrten nichts anhaben können. Die ohnmächtige Wut bestimmter Personen kennzeichnet sich darin am besten, daß sie jetzt soweit gehen, anonyme Drohbriefe an die Leitung der Maurer zu schicken und Kollege Groß mit Zoltschießen bedrohen, wenn der berufliche Verband nicht sofort aufgehoben wird. Alle Maginationen der Behörden sowohl wie die der Unternehmer werden an dem Zusammenhalten der Kollegen zerfallen. Die Maurer in den Unterwerferorten stehen jetzt noch so einmütig da wie vor 17 Wochen. Daß der Kampf durchgefochten wird, das betweis die am Donnerstag, den 28. Juli, abgehaltene Mitglieder-versammlung. Alle waren der Meinung, daß der Kampf durchgefochten werden müsse, wenn nicht der Gesamtheit Schaden erwachsen soll. Die Position hat sich dadurch zu unsern Gunsten gebessert, daß nur auch außer den Tischler die Bauknechte die Arbeit eingestellt haben, um den Arbeitswilligen keinen Vorwand zu lassen. Die Kollegen, welche auswärts arbeiten, werden ermutigt, so lange da zu bleiben, bis der Kampf beendet ist.

In Sameln hat eine Baupreiser über das Geschäft Braunhoff & Co. ihre Verleibung dadurch gefunden, daß die Unternehmer nach harten Drängen sich bequemen, den bisher gezahlten Stundenlohn von 45 1/2 weiter zu zahlen. Die Sperre dauerte zwei Tage. Es hat sich herausgestellt, daß die eigentlichen Urheber der Lohnfälligkeiten die Gemeinlichen Unternehmer waren, indem die Firma Braunhoff & Co. nur ihrem Drängen folgte, als sie die Lohnfälligkeit vornahm. Die Gemeinlichen Unternehmer waren der Meinung, daß durch die Zahlung des 45 1/2 Stundenlohnes die Begehrtheit der Maurer wachgerufen würde. Die Gemeinlichen Unternehmer trugen sich mit Ausperrungsgedanken; hauptsächlich war es der Unternehmer Brödt, der die Firma Braunhoff & Co. scharf zu machen suchte. Als aber die am Kanal arbeitenden 13 Feinfränter Maurer erklärten, sie würden die Arbeit ebenfalls einstellen, wenn die Differenzen nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt beigelegt werden, erklärten Braunhoff & Co., den früheren Lohn weiter zahlen zu wollen. Geradezu schock haben sich hier christliche Maurer benommen; die an der Aktionstage mit arbeiteten. Sie erklärten, sie würden die Arbeit ebenfalls einstellen; auf jeden Fall würden sie an der gemein-

schafflichen Sitzung teilnehmen, die sich mit dieser Angelegenheit befassen sollte. Aber aber nicht kam, waren die vier Christen aus dem bekannten Müttern, die dadurch bewiesen, daß sie lieber als Streikbrecher arbeiten wollten, als sich mit ihren Kollegen solidarisch zu erklären.

In München a. M. haben einige Unternehmer ihre sämtlichen Maurer ausgesperrt. Der Anlaß dazu ist ein recht eigenartiger; es handelt sich diesmal nicht darum, daß die Maurer irgendwelche Forderung aufgestellt hätten, die sie durch Streiks zur Annahme gebracht wissen wollten, auch waren keine Arbeitswilligen von den bösen Zentralverbänden bebroht, die zu häufigen heftigen Angriffen der Unternehmer ist; nichts von alledem lag vor, was sonst dazu angetan ist, das sanfte Gemüt eines deutschen Bauunternehmers in Aufregung zu versetzen und ihn in einen rasenden Roland zu verwandeln, der seine Arbeiter erdemungslos aus Straßenpflaster setzt. Die Ursache der Ausperrung war, man höre und staune, das Schicksal. Am Abend vor dem großen Plebisziterfest wurde auf einigen Arbeitsplätzen bekannt gemacht, daß die Arbeit am Schicksalstage zu ruhen habe. Als die bei dem Unternehmer Handel beschaffenden Maurer erklärten, daß sie das Fest nichts anginge, wurde ihnen zur Antwort: "Wenn es nicht besser, der könne gehen", worauf 63 Maurer, sämtlich organisiert, die Arbeit bestritten. Auch haben die Unternehmer beschlossen, diese 63 Maurer auf acht Tage von der Arbeit in München auszuschließen. Obgleich solche genug vorhanden ist, wird kein Mann eingestellt; überall droht man sie auf acht Tage. Da Wädel aber notwendig Maurer haben muß, ist er nach Hannover gereist, um sich von dort solche zu holen. Soffentlich hat er damit kein Glück.

Aus München a. d. Ruhr wird uns geschrieben: Wie es Streikbrechern und Agenten monatelang geht, zeigt so recht deutlich folgender Vorfall bei einer hiesigen Firma: Im verflochtenen Maurerzeit bedrohte ein Polier, der sich den Namen eines Streikbrecheragenten verdienen wollte, verschiedentlich Streikende mit einem Revolver und bediente sich auch sonst mehrerer Ausdrücke, die einen sehr großen Geist verrieten. Als der Streik vorbei war, war auch der Mann mit seinen früher so sehr geschätzten Kenntnissen fertig, indem ihm einfach der Stuhl vor die Tür gesetzt wurde. Nicht genug der Vorbeeren, ging er zu einer anderen Firma und nahm von derselben einen Bau in Auftrag. Am Zahlungstage der gute Mann, sich nicht verpflichtet zu haben, den Lohn auszugeben zu müssen. Das selbe wurde ihm aber von einigen an dem Bau Beschäftigten so nachdrücklich nachgewiesen, daß er vorzog, auch diese Sätze des Ruhmes zu meiden. Jetzt hat er Zeit, auf seinen Vorbeeren auszurufen.

Die Sperre über die Diakonissenanstalt in Düsseldorf-Kaiserwerth hat dem Unternehmer Nebel sowie auch dem Pastor sicher schon unangenehme Stunden bereitet, glaubte der Pastor doch nicht daran, daß die ihm in ihrem Lohn gekürzten Maurer die Sperre über die Anstalt verhängen würden, um die etwa zureisenden Maurer vom Bau fernzuhalten. Bis jetzt ist es unseren Kollegen noch immer gelungen, die zureisenden Kollegen zur Abreise zu bewegen. Der Pastor sowie auch Nebel sehen selber ein, daß so leicht keine Streikbrecher zu haben sind; denn alle Zettlungsannoncen haben bis jetzt nichts genützt. Wenn der Unternehmer durch sein altes und großes Baugeschäft eine Anzahl Leute hätte, die bereits 15-20 Jahre bei ihm beschäftigt sind, dann würde er auch die acht Streikbrecher nicht einmal am Bau haben. Da die Kollegen in Gilden ebenfalls eine Lohnforderung stellen und Nebel sehr viel Arbeit hat, so wird der Mann schließlich doch noch in den lauren Apfel beißen und mit der Organisation unterhandeln müssen. Der Pastor wird den Maurern so leicht keine 5/4 pro Stunde mehr abgeben; denn die Streikbrecher, die Nebel von Gilden mitbringt, sind Leute im Alter von 55 bis 65 Jahren und erhalten einen Stundenlohn von 48 S und werden von der Anstalt für sechs Tage pro Woche beherbergt und beschäftigt, sie erhalten in Wirklichkeit einen Stundenlohn von 52 S. Der Pastor sowohl wie Nebel werden wahrscheinlich die richtige Lehre herausziehen und sich in Zukunft mit den Maurern auf gütlichen Wegen verständigen. Die Streikenden hoffen zurecht, wenn Nebel in Gilden ebenfalls gesperrt wird, daß sie dann, da die Arbeit immer dringender wird, den Sieg davon tragen werden.

In Geresheim hat sich die Zahl der Streikbrecher um einen, der sonst nicht Arbeit erhält, vermehrt. Unter den Streikbrechern befinden sich wie gewöhnlich auch drücklich organisierte. Da wir den Vorstand des Christlichen Verbandes das mitgeteilt haben, so wird es sich ja zeigen, ob er seinen Mitgliedern das laubere Handwerk legen wird. Die Streikenden sind bis auf 7 abgereist oder anderweitig in Arbeit.

Die kürzlich von uns getennschonete "Patria", das in Freiburg herausgegebene christlich-italienische Wochenblatt, hat in ihrer Nr. 20 widerwillig begonnen, eine Liste der Streikorte zu veröffentlichen. Bemerkenswert und bezeichnend für den Geist, der die "Patria" beherrscht, ist das Wortwort, das die Redaktion der Streikliste vorausschickt. Wir lassen es hier in funktener Uebersetzung folgen:

"In einigen Orten Deutschlands sind in jüngster Zeit traurige Ereignisse vorgekommen. Italienische Arbeiter, die an Orten, wo Streiks und Ausperrungen bestehen, ankommen, um Arbeit zu suchen, sind mit Steinwürfen und schlimmen Reden von den Streikenden empfangen worden, so daß sie nicht nur keine Arbeit finden konnten, sondern auch ohne Mitgefühl den Ort verlassen mußten, um dem Haß der deutschen Arbeiter aus dem Wege zu gehen.

Es ist klar, daß es für den italienischen Arbeiter eine Notwendigkeit ist, mit den Fremden ("fremden" ist nämlich die Heb. d. "Geld") Arbeitern in Frieden zu leben, deshalb muß er allezeit, was Schaden könnte, sorgsam aus dem Wege gehen. Wohlverstanden, nicht, daß sich die Italiener vor den Fremden nur dulden lassen müssen. Nein, nicht im geringsten! Wenn der Fremde uns bezahlt, bekommt er eine mehr als genügende Gegenleistung durch unsere Arbeit. Wenn sie uns nicht notwendig brauchen, würden sie uns gar nicht so zahlreich in ihren Ländern dulden. Aber das entbindet nicht den italienischen Arbeiter von der Pflicht, sich so zu verhalten, daß der Fremde keine Ursache haben kann, sich über ihn zu beklagen.

"Die sozialen Agitatoren, die mehr oder weniger überall vorhanden sind, haben besonders in Deutschland, wo der Kampf zwischen Arbeit und Kapital einen außerordentlichen Umfang angenommen hat, eine große Wichtigkeit. Dieser Kampf äußert sich in der Praxis von Seiten der Arbeiter

durch Streiks gegen gewisse Unternehmer, und von dieser Seite durch Ausperrungen gegen gewisse Arbeiter, die sie nicht beschäftigen wollen. Man achte mal! In dem Kampf der Arbeiter besteht die Wichtigkeit des Streiks darin, ihre Verhältnisse zu verbessern. In solchen Fällen wäre es eine Ungerechtheit, die Stellen der Streikenden einzunehmen und ihnen auf diese Weise zur Niederlage zu verhelfen. Man darf nicht den Arbeitgebern das Recht zur Seite. Aber in solchen Fällen ist es gar nicht zu hoffen, daß turbulente Arbeiter, die den Mut haben, die Rechte ihrer Arbeitgeber mit Füßen zu treten, geneigt sein werden, ihre Arbeitsplätze von anderen Arbeitern, besonders von Fremden, einzunehmen zu lassen.

Wenn einmal die Sachen so stehen, glauben wir, daß es für den italienischen Arbeiter zum mindesten ein gefährlich ist, dort Arbeit zu suchen, wo Streiks und Ausperrungen vorhanden sind. Deshalb haben wir für nötig gefunden, in eine Rubrik die Orte, wo Streiks und Ausperrungen sind, aufzunehmen, damit italienische Arbeiter nicht blödsinnig in die Gefahr geraten. Diese Liste wird uns hauptsächlich von dem Zentralverband der christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter übermittelt.

Es folgt dann die Liste, die in der "Baugeschäft" steht, wo aber eine ganze Reihe namhafter Orte, wie Königshausen, Gera, Mathausen, Wiesbaden, Bremerhaven, und viele andere fehlen. Ungefährlich wollen "Baugeschäft" und "Patria" die Arbeitsplätze der dort Streikenden selbst ausgesparten den Italienern als sichere Domänen reservieren. Die dortigen einheimischen - nach der "Patria" - fremden Arbeiter scheinen nicht zu den "Ausländern" zu gehören. Oder haben die dortigen Arbeiter bei dem "Mißgeschick" der Rechte ihrer Arbeitgeber "alle "Zuschulden" eingeholt, so daß die Italiener nichts mehr zu fürchten haben?

Wie wenig ernst es übrigens der "Patria" mit der Fernhaltung des Zuguges von Streikorten ist, geht u. a. daraus hervor, daß in derselben Nummer, in der das vorstehende Memoire abgedruckt ist, wieder verschiedene Annoncen stehen, wo Maurer nach Streikorten gesucht werden, so nach Offenbach a. M., wo die christlichen Maurer, die doch gar nicht in die Lage kommen können, ihren Arbeitgeber das Wasserlassen zu trinken, wo also die christlichen Maurer, die Bundesgenossen der "Patria", ausgespart sind. Unsere Christen deutscher Zunge werden ihre italienischen Bundesbrüder doch noch besser instruieren müssen.

Der italienische Missionar Lupi ist von seiner Inspektionsreise zurückgekehrt; nach Königshausen und Wromberg ist er nicht hingekommen, wohl aber nach Berlin, Kiel und Bremerhaven. Ueber seine Erfahrungen in dem letzten Orte sagt er: Ich mußte unsere armen Ausländer (zirkt 200 Maurer und Arbeiter aus Lüne) bemitleiden, und den Wunsch ausdrücken, daß sie besser behandelt würden. Sie liegen auf Holzplättchen und sehr dünnen Strohmatten. Ich glaube, daß sie Morgens, wenn sie aufstehen, müder sind als Abends, wenn sie von der Arbeit kommen. Daß die Leute noch dazu in halbfertigen, feuchten Bauten wohnen, scheint dem Herrn Pastor entgegen zu sein. Es ist aber auch so schlimm genug. Echt christlich bleibt es bei alledem.

Bekanntmachung des Vorstandes.

„Grundstein“-Bestellung.

Die Zweigvereinsvorstände werden darauf aufmerksam gemacht, daß Ab- und Vorbestellungen sowie Wreßfenveränderungen spätestens bis Dienstags früh in Händen der Expedition sein müssen.

Statistik 1904.

Die Druckfachen zur Aufnahme einer Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind am Montag, den 1. August, an die Zweigvereine abgegangen. Wenn Zweigvereine die Sachen überhaupt nicht oder nicht in genügender Menge erhalten haben, dann ersuchen wir, uns davon sofort Mitteilung zu machen.

Die Statistik selbst soll in allen Zweigvereinen vom 7. bis 13. August d. J. aufgenommen werden. Ausgenommen sind nur solche Vereine, die sich im Streik befinden.

Die ausgefüllten Fragebogen sind dem Vorstandsvorstand bis zum 18. August zuzusenden.

Kalender.

Der Vorstand hat beschlossen, erstmalig einen Taschenkalender (Kalender des Zentralverbandes der Maurer) für das Jahr 1905 herauszugeben. Der Kalender wird infallig neben dem üblichen Kalendarium, Papier für Notizen, mit kurzen Verhandlungen und Statistiken über unsere Organisation, das Baugeschäft, das Nachrichten usw. in reichem Maße und auch im äußeren geschmackvoll und solid ausgestattet.

Der Kalender befindet sich im Druck und wird in den nächsten Wochen zum Versand fertig. Der Preis stellt sich auf 50 S pro Exemplar. Es empfiehlt sich, daß die Zweigvereinsvorstände sofort eine Umfrage veranstalten und feststellen, wie viel Kalender sie abgeben können, damit danach die Auflage bemessen werden kann. Die Kalender sollen möglichst in großen Posten versandt werden, damit das Porto nicht so hoch ausfällt.

Vom Vorstandsvorstande bestätigt

sind die neugewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Jena, Pinn, Neurellst, Hildesheim, Garmeln, Sandow, Sebnitz, Treprow, Sorau, Stenbal, Deutsch-Kron.

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher folgender Kollegen Jakob Frei v. Karlsruhe (Buch-Nr. 157 551), Hermann Aden-Jitzau (170 159), Karl Michael-Verlin (235 840), Heinrich Wernemann-Golberg (121 490), Herrm. Kaffen-Garmburg (14 137), Gottfried Aulick-Bellertswitz (93 651), Robert Sperlich-Bellertswitz (183 696), W. Schönian-Garmburg (30 932), Oskar Schuppel-Bellertswitz

(85 193), August Flach-Gelsenheim (180 881), Joh. Kramer-Singen (244 705), Christ. Werhan-York (68 700), Georg Massenbaler-Lubowitsch (85 940), Ferdinand Reich-Biffa i. B. (128 016), Otto Kofka-Palle (24 768), S. Rudhaber-Osterholz-Schambed (56 094).

Ausgeschlossen

sind auf Grund § 86 b des Statuts vom Zweigverein Neurellst: August Schille (Buch-Nr. 90 885); Dessau: Friedrich Richter (178 422), Josef Karschhndt (178 395); Colberg: Otto Wolf (60 018), Franz Brecher (60 047), August Streumann (121 515); Münster i. W.: Julius Thiele (195 781), H. Martzsch (195 787), Johann Koffel (195 798); Freyberg i. S.: Oskar Wülfel (186 395), Rob. Moritz Wülfel (229 118), Bruno Gßel (229 141), Adolf Holey (183 983), Josef Holey (182 994), Josef Kofar (182 984), Wenzel Kofar (182 986); Maunberg: Gustav Loigt (170 703), Franz Nienhig (89 215), Franz Hertel (89 226), Emil Gaudig (89 231), Karl Burkhart (89 240), Gustav Jakob (146 055), Albert Böhm (146 087), Ernst Glaube (146 088), Franz Wulch (146 095), Otto Albrecht (146 119), Gustav Müller (146 128), Wilhelm Kuhn (170 694), Gust. Breßler (170 709), Gust. Breßler (170 718), Otto Strauß (170 687) Wilm Hagler (170 740); Berlin-Gr.-Lichterfelde: Gottlieb Böhm (8068), Gust. Selland (10 564); vom Verbandsvorstand: Herm. Fiedler (218 395), Franz Thiel (87 741), Friedrich Hoffmann (86 580), Johann Karstin (87 819), Otto Klein (86 892), Karl Müller (86 632), Erich Baumgarten (48 176), Karl Kreller (86 704), Paul Schneider (88 738), Emil Seiffel (86 046), Karl Müller (39 111), Max Fraunhelm (88 772), Max Hoffmann (89 122), Jämtlich in Leipzig (89 240), Karl Ohmig (189 660), Hermann Straupe (182 876), Julius Traupe (182 851), Gustav Schmidt (183 978), Johann Wendel (189 688), Josef Müller (189 687), Jämtlich in Dresden.

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rüch-schändiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Um Angabe seiner Adresse

wird Kollege Michael Wülfel aus Offenbach (Buch-Nr. 23 347) ersucht, Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, ersuchen wir um Mitteilung.

Sterbegeld

Ist in der Zeit vom 25. bis 30. Juli an nachfolgende Mitglieder resp. deren Frauen ausgezahlt worden:

- Wilmhelm Reich-Boizenburg, Buch-Nr. 54 955; Wf. Wöge-Templin, 108 909; Leo Hill-Strube, 144 390; Gottfried Schmidt-Neuzelle (Frau), 91 055; Jacob Krimmel-Göln, 60 897; Karl Hbr-Verlin, 6987; Dominik Verle-Göln, 188 883; Aug. Bownen-Königsberg i. P., 199 406; Joh. Kaus-Regensburg, 96 352; Karl Stempel-Regensburg, 16 167; Leop. Moos-Karlsruhe (Frau), 122 132; Aug. Nibel-Neu-Munipin (Frau), 90 408; Ernst Blandinger-Neuau, 96 420; Karl Hämmerling-Bandshagen (Frau), 82 237; Aug. Wilm-Neuau, 89 502; Herm. Sella-Leipzig (Frau), 35 033; Nicolaus Hupfeld-Weidenhausen, 98 738; Joseph Wilitke-Morawetz, 91 734; Michael Trage-Verlin, 43 88; Aug. Dinde-Berlin (Frau), 7312; Aug. Hübner-Braunau (Frau), 13 026; Aug. Watz-Bozen (Frau), 44 144; Karl Hoff-Schönwald (Frau), 92 915; Frdr. Prabant-Varau, 52 441; Daniel Schulz-Salgwedel, 98 158.

Die Anweisung zur Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Einfindung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und der Sterbenurkunde desselben resp. seiner Ehefrau sowie nach Angabe des Alters und der Todesursache des oder der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzuteilen, wor Anspruch auf Sterbegeld erhebt.

Der Vorstandsvorstand.

Abrechnungen für das 2. Quartal

wurden vom 26. Juli bis 1. August aus folgenden Zweigvereinen eingehandt: Auerbach, Belgern (Strasporto), Wehau, Blumenhald, Bremen, Briel, Burgdorf, Burglauer (Strasporto), Clingen, Gonnern, Cravinitz, Erwit, Dömitz, Währinghof, Einbeck, Erlangen, Freyberg i. S., Gernsdorf, Golberg i. M., Gramzow, Göttingen, Gräfenhainichen, Gr.-Weßen, Gr.-Walden, Gumbinnen, Gumburg, Helmstedt, Holzhausen, Klosterlausnitz, Kumbach, Kaugenfelden, Lieberose, Kumbach, Ludenwalde, Magdeburg, Müllitz (Strasporto), Minden, Münster, Neugersdorf, Niederbarn, Oberhausen, Ochsenwärder, Parzmin, Plaua a. d. Havel, Pforzheim, Peitz, Pöhlitz, Prenden, Prenglau, Ronneburg, Salzwedel, Schmalfalden, Schlaue (Strasporto), Schönwalde, Schwebitz, Schweißfurt, Sebnitz, Sentleben, Soltau, Stargard i. Pom. (Strasporto), Stolp, Striegau, Warel, Weßen, Wilschhausen, Wollin i. Sachsen, Wrieger, Zahna, Zwickau.

Aus den Gauen Dresden, Görlitz, Lübeck, Mannheim, Oberschlesien und Strasburg sind die Abrechnungen für das zweite Quartal alle hier.

In der Zeit vom 26. Juli bis 1. August 1904 sind folgende Beiträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

Von den Zweigvereinen in Hamburg u. Umgegend M. 4000, Kiel u. Umgegend 1200, Dortmund 800, Erfurt u. Umgegend 200, Stellingen durch Krüger 25, Pöhlitz 455,18, Göttingen 431,70, Wrieger 894,80, Freyberg i. S. 201,85, Gr.-Weßen 193,69, Gernsdorf 134,32, Ronneburg 96,72, Sentleben 90,75, Niederbarn 65,81, Giffhorn 78,96, Neugersdorf 65,20, Währinghof 52,93, Clingen 30, Gonnern 21,23, Lieberose 13,80, Müllitz 9,12, Cravinitz 5,72, Hienau 2,50, Schwerin in Med. 831,65, Schwebitz 247,90, Salzwedel 195,14, Miersberg 192,42, Pforzheim 190,80, Kumbach 175,92, Stargard i. Pom. 159,18, Prenglau 151,27, Schönwalde b. Müllitz 126,80, Treuenbriegen 95,80, Dömitz 83,52, Blumenhald 82,42, Klosterlausnitz 71,30, Müllitz 67,70, Striegau 41,10, Warel 40,16, Golberg i. Med. 38,90, Seibersberg 25,10, Burglauer 3,92, Magdeburg und Umgegend 4827,40, Minden i. W. 400, Gumbinnen 242,10, Holzhausen i. Wymont 91,62, Holzminde 42,08, Wilschheim - 80, Strasburg i. L. 400, Hamm i. M. 100, Dessau 400, Angershausen 50, Einbeck 240,95, Zahna 169,64, Hferloh 18,10, Peitz 12,34, Braudenburg 7,60, Cottbus (durch D. Lehmann-Berlin eingehandt) 100, Soltau 78,05, Bögen in D.-Pr. 45, Hühert 22,80, Calbe a. d. S. 14,64, Gramzow 7,60,

Obesloe 15, Bodum 600, Elmshorn 275, Herbe i. W. 150, Sebitt 100, Lappan 80, Baitzen 78,88, Gnoien 75, Stuttgart 481,15, Gohlitz 301,72, Schramberg 14,88.

Die Gutternale.

Weissenfels A. 5, Göttingen 10, Freiberg i. S. 5, Ronneburg 2, Wittlich 5, Sebelberg 2,50, Magdeburg 10, Holzwinden 8, Oberhausen 4, Soltau 2.

Die Einbanddecken usfw.

Grotz A. 8.

Die Zweigvereins-Kassierer resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Hochsätzen genau anzugeben, wofür das eingeladene Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptkassa sind nur an J. Köster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.

Hamburg, den 1. August 1904.

J. Köster, Hamburg 5, Brennerstr. 11.

Gustav Kessler.

Regierungsbeamter a. D., Mitbegründer und Redakteur des „Bauhändwerkers“ (1884) und bis in die letzten Tage der glückliche Leiter der „Einigkeit“, ist am 29. Juli einem Schlaganfall erlegen. Kessler kam als geistiger Mann im Alter von 52 Jahren zur Arbeiterschaft, wohl mehr der Not, als dem eigenen Triebe gehorchend, nachdem er sich als Staatsbeamter unmöglich gemacht hatte. Die Maurer hatten jedoch auf ihrem Kongress in Berlin beschlossen, ein Fachorgan herauszugeben und sie fanden in Kessler einen ihrer Wünsche zulebenden Redakteur. Kessler hat er sich als ein sehr zuverlässiger Charakter erwiesen und der Maurerbewegung unermesslichen Schaden zugefügt. Bis zum letzten Augenblicke war er ein glühender Gegner aller der Generalkommissionen angehörenden Gewerkschaften und insbesondere der bürgerlichen Zentralverbände. Wer die durch seinen Anlaß gebotenen, schmerzhaften Ergebnisse seines Streits und seiner Arbeit kennt, dem muß berechtigter Zweifel aufsteigen, ob Kessler aus Überzeugung oder aus blindwütiger Haß wegen schlagladernder Forderungen seine beste Kraft daran setzte, die Arbeiterbewegung zu zerstückeln.

Ein alter lateinischer Spruch (de mortuis nil nisi bene) besagt: Von den Toten soll man nur gutes reden. In dem vorliegenden Falle werden wir dieser Mahnung am meisten gerecht, wenn wir anerkennen: Kessler war ein Held von der Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Er hat es erleben müssen, daß die von ihm aufs bitterste gehetzten Zentralverbände groß und stark geworden sind, während die von ihm protegierten Lokalvereine jetzt Jahren nur ein Scheitern dastehen.

Um dem Nekrolog zu verhoffen, wollen wir hinzufügen, daß Kessler infolge seiner Betätigung als Redakteur des „Bauhändwerkers“ schwere Tage hat durchgemacht müssen. Im Jahre 1886 wurde er auf Grund des Sozialistengesetzes aus Berlin ausgewiesen und mehrere Jahre mußte er von einem Ort zum anderen flüchten.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse senden man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Dortmund, Sonnabend, den 16. Juni, tagte im „Rheinischen Hof“ die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Abrechnung für das zweite Quartal. 3. Vortrag über die Entwicklung des Zweigvereins Dortmund im letzten Jahre. Zum ersten Punkt erstattete der Vorsitzende, Kollege Kewerth, den Bericht, woraus hervorging, daß die Mitgliederzahl und die Einnahmen seit dem letzten Jahr sich vergrößert haben. Die Mitgliederzahl betrug im ganzen 1374, und betrafte sich auf die einzelnen Klassen folgendermaßen: Dortmund selbst hatte 800, Lütgendortmund 180, Brackel 117, Derne 65, Eving 62, Marten 60 und Sandbühl 40 Mitglieder. Außerdem sind in letzter Zeit noch 348 Arbeiter in Kattrop und in Menge gequartelt worden, wo ebenfalls noch insgesamt 52 Kollegen organisiert sind. Im zweiten Quartal vorigen Jahres betrug die Mitgliederzahl etwas über 700. Diese Vermehrung der Mitglieder ist mit Freuden zu begrüßen, umso mehr, da wir in der Agitation nach allen Richtungen hin Schwierigkeiten zu überwinden haben, und auf den Landorten zum größten Teile keine Lokale zur Verfügung stehen haben. Im dritten Punkt gab der Kollege Kewerth die Abrechnung für das zweite Quartal bekannt. Die Gesamteinnahmen betragen in dem genannten Quartal für die Hauptkassa M. 6733,85, und für die Lokalasse M. 3350,40. In der Lokalasse blieb ein Bestand von M. 1994,27, wovon M. 800 auf der Bank belegt sind. Im Anschluß hieran bemerkte der Kollege Kewerth noch, daß diese Zahlen, denen des vorigen Jahres gegenüber gestellt, am allerdeutlichsten beweisen, in welcher Weise sich der Zweigverein Dortmund gehoben und erweitert hat, und wie hinsichtlich der Neuerungen von anderer Seite sind, daß der Zentralverband hier am Orte bald zurückgehe. Er ermahnte die Kollegen, auch in Zukunft für die Organisation eifrig weiter zu arbeiten. Hierauf wurde dem Kassierer Kewerth das Referat übernommen. Derselbe ging zunächst nochmals auf die günstige Entwicklung des Zweigvereins ein, und kam dann auf die Notwendigkeit der Weiterentwicklung zu sprechen. Dazu bemerkte er, daß wir durch unsere Kämpfe in letzter Zeit die Unternehmer dazu gebracht hätten, daß sie sich zum größten Teil in dem Arbeiterverband organisiert. Was wir aber von dieser Organisation zu erwarten hätten, beweise die Handlungsweise der ebenfalls organisierten Bauarbeiter des Mittelwesens, die den Beschluß faßten, 22 000 Bauhändwerker auszusperren, aus dem Grunde auszusperren, weil sie einen Lohn von 45 und 50 S. und die gefühnliche Arbeitszeit for-

berten, was heute schon Tausenden von deutschen Maurern bewilligt ist. Er schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Kollegen, überall und zu jeder Zeit für die Organisation zu wirken, dann könne man der Zukunft ruhig entgegen blicken. Referat über den Referenten. In der Diskussion legte Kollege Kewerth noch in kurzen Zügen die Entwicklung des Ganges Dortmund auseinander. Die Mitgliederzahl des Ganges betrug am Schluß des letzten Jahres 8000. Heute hat sie die 7000 weit überschritten. Ebenso habe sich die Gesamtorganisation entwickelt, so daß wir selbst den schwersten Kämpfen innerhalb unseres Berufes ruhig entgegenstehen können. Auch ihm wurde lebhafter Beifall zu Teil. Hierauf wurde die so außerordentlich stark besuchte und so frohlich erwiderte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Fortentwicklung des Zentralverbandes der Maurer geschlossen.

Dresden. In einer schwach, nur von circa 200 Personen besuchten Versammlung hatten die hiesigen Maurer am 13. Juli den Beschluß gefaßt, die Affordarbeit im Fuß vom 1. August an aufzugeben. Gegen diesen Beschluß war aus Kollegenkreisen bei der hiesigen Verbandsleitung Protest erhoben worden mit dem Vermerken, daß die fragliche Versammlung gar nicht kompetent gewesen sei, einen derartig wichtigen Beschluß zu fassen. Daraufhin fand nun am 27. Juli eine sehr stark besuchte Maurerversammlung im „Trianon“ statt, die sich noch einmal mit der Angelegenheit beschäftigte, und in der es besonders um Auseinandersetzungen mit dem Vertrauensmann der Zimmerer kam. Die Zimmerer haben nämlich einen Beschluß auf Beistellung der Affordarbeit durchgeführt, während bei den Maurern die Sache komplizierter zu liegen scheint. Schließlich wurde folgender Antrag angenommen: Die Versammlung steht auf dem Standpunkte, daß die Affordarbeit im Maurer wie im Fußgen nicht verwirklicht ist. Der Beschluß vom 13. Juli wird jedoch wieder aufgehoben. Bezüglich der Aufhebung der Affordarbeit ist bis zum 15. Oktober d. J. eine Urabstimmung vorzunehmen; die Affordarbeit ist aber nur abzuschaffen, wenn vier Fünftel der Mitglieder sich damit einverstanden erklären. Die Lohnkommission wird jedoch ermächtigt, in den Fällen, wo wegen der Affordarbeit Differenzen ausbrechen, eventuell Hauptpreisen zu verhängen.

Fleisene. Unter den Mitgliedern des hiesigen Zweigvereins ist eine Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit eingetriften, nicht mehr bejagt, so daß von einem Vereinsleben hier nicht mehr die Rede sein kann. Am 10. Juli sollte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung stattfinden, da aber nur sechs Mitglieder dazu erschienen waren, blieb nichts anderes übrig, als unberräteter Sache wieder nach Hause zu gehen. In dieser Weise geht es nun schon seit April, der Vorstand beauftragt ebenso oft müssen sie sich wieder auszusetzen werden, weil keine Besucher da sind. Zu der Versammlung am 4. April waren neun Mitglieder erschienen, am 18. Mai waren es vier, und am 10. Juli gar nur sechs. Eine Ausnahme machte nur eine öffentliche Versammlung im Juni, zu der Kollege Kewerth aus Berlin als Referent erschienen war und sich 28 Versammlungsbegehrenden eingefunden hatten. So nachlässig die Kollegen sind in bezug auf den Besuch der Versammlungen, so nachlässig sind sie auch in allen anderen Organisationsangelegenheiten. Es ist höchste Zeit, daß hierin eine Veränderung eintritt, denn sonst verlohnt es sich wirklich nicht, den Zweigverein noch länger aufrechtzuerhalten und ihn zur Geißel der Gegner werden zu lassen. Diese Sorglosigkeit der hiesigen Kollegen nimmt sich recht eigentümlich aus zu einer Zeit, wo die Unternehmer darauf bedacht sind, ihre Neigen enger zu schließen und ihre Organisation zu stärken, um die Gesellen desto besser unterdrücken zu können. So hat sich hier im Osten in diesem Jahre ein Arbeiterverband gebildet, der seinen Sitz in Schneidemühl und in jeder Stadt, wo ein Gefellenverein besteht, ein Vorstandsmitglied wohnen hat. Wenn die Pflichtvergessenheit der Kollegen in bezug auf ihre Organisation weiter um sich greift, so daß der Zweigverein, weil ihm die innere Lebenskraft fehlt, langsam dahinsiecht, dann wird sich diese nur gegründete, wohlgeleitete Unternehmerorganisation bald bemerkbar machen, dann werden die Kollegen ihr Wirken bald zu ihrem eigenen Schaden gewahr werden, vielleicht werden sie dann einsehen, wie töricht es von ihnen war, ihre einzige Stütze, auf die sie sich im Kampfe mit den Unternehmern unbedingt verlassen konnten, ihre Organisation, so fahrig vernachlässigt zu haben. Wer dann wird es zu spät sein, die Neuen kann dann nichts mehr an dem Geschehen ändern. Ein Finger Mann baut bei Zeiten vor. Das muß auch unsere Karole sein. Also, Kollegen, kehrt zurück zur Pflicht, ehe es zu spät ist, ehe unsere Organisation ganz vernichtet ist. Referat muß sich sagen: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

Glück, Freitag, den 15. Juli, fand hier eine öffentliche Maurerversammlung im Lokale „Zum schwarzen Adler“ statt. Der Zweck derselben war die Gründung eines Zweigvereins am hiesigen Orte. Kollege Möller referierte über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage der hiesigen Maurer und deren Verbesserung durch die Organisation.“ In fast einstimmiger Rede führte der Referent den Kollegen etwa folgendes vor Augen: Es ist nicht das erste Mal, daß wir den Versuch machen, am hiesigen Orte eine organisierte Maurerschaft heranzubilden, um dadurch die wirklich unerbürdige Lage der Kollegen zu bessern und andere Verhältnisse zu schaffen. Die Löhne stehen durchschnittlich auf 23 S. und deshalb konnte es auch, daß die Kollegen dem leidigen Ueberstundenwesen verfallen, um dadurch, wie sie meinen, das zu erreichen, was ihnen sonst bei den Hungerlöhnen nicht möglich ist. Die Löhne ständen in keinem Verhältnis zu den Kosten des Lebensunterhalts in Gluck. Dann macht der Referent die Kollegen aufmerksam auf ihre Arbeitsstellen und zeigt, wie es dort aussieht. Die Baupolizeivorchriften sind höchst mangelhaft und werden meistens gar nicht innegehalten. Gerade hier, wo noch die Arbeiterarbeit überall zu finden ist, hier, wo die Frau mit dem Mann gemeinsam auf der Baustelle arbeitet, sei in merksamer und stiller Hinsicht noch vieles zu bessern. Unsere Aufgabe wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Frau überhaupt vom Bau verdrängt, daß wir ordentliche, den Vorschriften entsprechende Gebäuden und Wände, die man hier gar nicht kennt, erhalten, und daß wir bessere, den

Verhältnissen entsprechende Lohn- und Arbeitsbedingungen uns verschaffen. Dieses sei nur möglich durch die Organisation. In der Diskussion sprach Kollege Müller im Sinne des Referenten und forderte die Anwesenden auf, dem Verband beizutreten, denn nur dadurch sei es möglich, in Gluck andere Verhältnisse zu schaffen. Zum zweiten Punkte: Gründung eines Zweigvereins. Er ermahnte die Kollegen, sich zu organisieren. In der Hand des Statuts wies er nach, was der Verband bezogen und will und was er uns im Notfall für Vorteile bietet. Er wies die Kollegen nochmals auf die Ausführungen des Kollegen Möller hin, aus denen deutlich hervorgehe, daß wir allen Grund haben, uns zu organisieren und zusammenzuhalten: um den Unternehmern später, bei geeigneter Zeit, entgegenzutreten zu können und das zu fordern, was uns zusteht. Im weiteren Laufe der Ausführungen erklärten 48 Kollegen schriftlich ihren Beitritt zur hiesigen Gluck. Zum Schluß ermahnte Kollege Möller nochmals die Kollegen, ihres Berufsstandes eingedenk zu sein und tüchtige Mitglieder des Zentralverbandes zu sein. Die Versammlung wurde geschlossen mit einem donnernden Hoch auf den neuen Zweigverein Gluck.

Greubenz. Unsere letzte regelmäßige Mitglieder-Versammlung, die am 17. Juli stattfand, war sehr gut besucht. Der Vorsitzende hieß die Kollegen in dem neuen Versammlungslot willkommen und referierte dann über: „Die gegenwärtigen Lohnkämpfe im Baugewerbe.“ Er zeigte den Kollegen, in welchen erbärmlichen Verhältnissen sie zu leben gezwungen sind, wenn sie nicht fest und treu zum Verbande halten. Ferner schilderte der Redner die Lage den streikenden Kollegen in Königsberg, Marienburg und Stralsburg; er ermahnte die Kollegen, sich nicht etwa als Streikbrecher nach diesen Orten anwerben zu lassen, sondern den kämpfenden Brüdern die Solidarität zu wahren, da auch wir vielleicht im nächsten Jahre gezwungen sein würden, einen Kampf mit den Unternehmern zu führen. Kollege Birkhoff sprach in ähnlicher Weise und forderte zu eifriger Agitation für den Verband auf, damit die Organisation auch in die entfernteste Ecke Deutschlands getragen werde. Alsdann erfolgte die Verlesung der Abrechnung für das zweite Quartal. Die Einwendungen dagegen nicht erhoben wurden, konnte der Kassierer entlastet werden. Drei Kollegen erklärten hierauf ihren Beitritt zum Verband. Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen.

Hamburg. Die Session der Plattenanleger (Fleisener) hielt am 13. Juli bei Springborn eine Mitglieder-Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: Die Verhandlungen mit den Unternehmern betreffs Einführung eines Affordtarifs. Hierzu berichtete, daß die Unternehmer auf die Anregung der Session, sich bis zum 25. Juni zu äußern, wie sie sich zur Einführung eines von der Session ausgearbeiteten Lohns und Affordtarifs stellen, nicht geantwortet hätten. Zur Veranlassung der Zweigvereins-Sitzung ist dann eine Sitzung mit den Geschäftsführern resp. einer Kommission derselben zu stande gekommen, die am 8. d. M. stattfand und an der der Zweigvereinsvorsitzende und von der Session die Kollegen Köpke und G. Meyer teilnahmen. In dieser Sitzung wurde vorbeschieden, daß die Zustimmung der Session der Plattenanleger resp. der Geschäftsführer folgender Art vereinbart:

- Lohn- und Affordtarif für Anfertiger. Die Arbeitszeit richtet sich nach der Maurer. Der Lohn muß am Wochenlohn pro Stunde mit 85 S bezahlt werden.
- Afford-Zarif.
- Für Rechte- und Viereck-Wandplatten. Weiß pro Quadratmeter M. 1,90 (Inst. M. 1,80) mit Felbereinteilung. Diagonal, schräge Arbeit, pro Quadratmeter „ 2,20 („ 2,10) Diagonal, Felbereinteilung, pro Quadratmeter „ 2,20 („ 2,-) Gerade Eingänge. Normal pro Quadratmeter M. 2,30 Diagonal „ 2,40 Majolika „ 2,40 Bei Felbereinteilung 20 S mehr. Schräge Eingänge. Schlicht pro Quadratmeter M. 2,70 Mit Felbereinteilung „ 8,- und vorliegenden „ 8,50 Pfellern „ 8,50 Majolika „ 8,50 Falzwandplatten (Heines Format). Gegen die Stufen zu bauen, ohne vorspringende Pfeiler pro Quadratmeter M. 3,50 Treppenhäuser. In der ganzen Höhe, schlicht, gegen die Stufen zu bauen pro Quadratmeter M. 2,50 Dieselben mit unterzuhauendem Sockel (Diagonal 20 S mehr) „ 2,60 In jeder Höhe von 1,50 m bis 1,80 m Dieselben mit unterzuhauendem Sockel „ 2,60 Falzwandplatten (Bijou) werden wie andere Platten bezahlt „ 1,90 Falzwandplatten (A. Format), schlicht angelegt „ 8,10 Für Treppenhäuser vorliegen pro laufendes Meter „ 8,- Deden und Gewölbe mit kleiner Verdienern umfassen „ 4,- Forwege. Mit Verbletern, schlicht „ 2,80 Einteilung „ 3,- vorliegenden Pfellern „ 3,50 Für Ansetzen von Majolika-Platten „ 2,50 Eckstein (Mundstücke) pro laufendes Meter 20 S (P). Gefirnsteifen, Zopfsteine „ 80 (P). Herdplatten sowie Platten unter 1 qm inkl. Kapselsteiner, als Winkelherd „ 8,- Dieselben freistehend „ 2,75 Handsteine ansetzen pro Stück M. 2 (P). Gemüspflaster „ 8 (P). Kleine Ausparungen unter 1 qm sind mit durchzurechnen. Für Abfären und Vollsteinen mit Marmorzeilen 20 S pro qm (P).

